

**AUS DEM KREISVERBAND** 

Bericht vom 73. Ordentlichen Bundesparteitag **AUS DEM BUNDESTAG** 

Die FDP wehrt sich gegen das Aus für den Verbrennungsmotor **AUS DEM LANDTAG** 

Ein Jahr im Landtag – Aktuelles aus meiner Arbeit als Stuttgarter MdL

#### **VORWORT**

3 Begrüßung der Kreisvorsitzenden

#### **AUS DEM KREISVERBAND**

- 4 Bericht zum 73. Ordentlicher Bundesparteitag in Berlin am 23. und 24. April 2022
- 6 FDP-Akzente 2022 in der Ehe- und Familienpolitik
- 8 Zusammenarbeit auf der Filderebene: Gemeinsamer Vorstoß für einen Ausbau der U-Bahn-Linie 8
- 9 FDP Stuttgart auf pro-ukrainischen Demos
- 10 FDP Stuttgart Neumitgliedertreffen am 4. Mai 2022 auf dem Frühlingsfest
- 11 Die Zukunft der Innenstadt Teil 2
- 12 Kreisausschusssitzung der FDP Stuttgart am 27. Mai 2022
- 14 Wir trauern um Friedrich Haag sr. einen Liberalen mit Vorbildcharakter
- 15 Ausländerbehörde ist Nadelöhr für Integration der Ukraine-Flüchtlinge

#### **AUS DEM BUNDESTAG**

16 Die FDP wehrt sich gegen das Aus für den Verbrennungsmotor

#### **AUS DEM LANDTAG**

18 Ein Jahr im Landtag – Aktuelles aus meiner Arbeit als MdL

#### **AUS DER REGION**

23 Erfolgreicher Parteitag des FDP-Bezirks Region Stuttgart

#### **AUS DEM GEMEINDERAT**

24 Anträge der Gemeinderatsfraktion

#### **AUS DEN STADTGRUPPEN**

- 32 Judith Skudelny MdB zu Gast bei der SG Botnang
- 33 Jahrhundertchance Kreislaufwirtschaft: Erfolgreiche Hey-Zukunft-Event-Premiere mit Judith Skudelny MdB
- 34 Parksituation an der Universität Hohenheim Ein Rundgang mit Friedrich Haag MdL
- 35 Neuwahlen des Vorstands der SG Botnang am 28. April 2022
- 36 Eidechsen Ärztemangel Nahversorgung Barrierefreiheit – unsere Themen im ersten Halbjahr 2022 in Mühlhausen und Münster
- 38 Die SG Feuerbach wählte einen neuen Vorstand

#### **AUS DEN VORFELDORGANISATIONEN**

- 39 Stuttgart Pride 2022: Endlich wieder CSD!
- 40 Wie begeistert man mehr Frauen für die Politik oder ... wozu braucht man eigentlich die Liberalen Frauen?
- 42 12. Liberaler Seniorentag der FDP-Landtagsfraktion
- 44 News aus dem Liberalen Mittelstand

#### **VERANSTALTUNGEN**

46 Termine im 3. Quartal 2022

#### **UNSERE VERSTORBENEN**

47 Friedrich Haag sr.



Titelfoto: Jan-Ole Langemack

Herausgeber: FDP-Kreisverband Stuttgart > V.i.S.d.P.: Gabriele Reich-Gutjahr > Redaktion: Jan-Ole Langemack Anschrift: Weißenburgstraße 29, 70180 Stuttgart, Telefon: (0711) 621584

E-Mail: redaktion@stuttgart-liberal.de - Anzeigen: anzeigen@stuttgart-liberal.de - Satz und Layout: Steffen Schneider stuttgart liberal erscheint viermal im Jahr und wird für die Stuttgarter FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert.

### Begrüßung der Kreisvorsitzenden



#### Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Freien Demokraten,

warum sind SIE Mitglied der FDP geworden? Was ist Ihnen wichtig? Darüber möchten wir gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen. Rund die Hälfte unserer 817 Stuttgarter Mitglieder ist seit 2015 eingetreten. Nur 20% unserer Mitglieder sind weiblich. Die Landespartei wird demnächst mit einer Umfrage auf alle Mitglieder zukommen und wir freuen uns über eine rege Teilnahme.

Warum wurde ich 2008 Mitglied der FDP. Mich trieb der bereits erkennbare Strukturwandel in der Wirtschaft um. Ich war im Geiste der Freien Demokraten aufgewachsen. Mein Vater (Jg. 1909) hatte nach dem Krieg den Betrieb seines Vaters wieder aufgebaut, 30 Arbeitsplätze geschaffen. Als die Firma ins Schlingern geriet, stieg meine Mutter (Jg. 1922) Mitte der 70er Jahre in den Obstgroßhandel ihrer Schwester ein. Wir vier Kinder lernten früh, auf eigenen Beinen zu stehen. Bildung war wichtig. Selbst Verantwortung tragen für sich und andere, Mut zum Leben – das sind die Werte, die ich mit auf den Lebensweg bekam. Und genau dafür steht für mich die FDP. Auch wenn ich manche politische Entscheidung der FDP in Regierungsverantwortung nicht teilte, so wurde mir spätestens nach dem schmerzhaften Ausscheiden aus dem deutschen Bundestag 2013 klar, warum die FDP mir wichtig ist. Denn: wen sollte ich wählen, wenn es die Freien Demokraten nicht mehr gäbe?

Wofür steht die FDP? Darauf ging der neu gewählte Generalsekretär der FDP Bijan Djir-Sarai in seiner Bewerbungsrede beim Bundesparteitag ein. Für liberale Chancenpolitik und liberale Ordnungspolitik. Dieser Auftrag ist in den Karlsruher Freiheitsthesen beschrieben. Sie wurden 2012 in einem intensiven Beteiligungsprozess mit 5.000 Mitgliedern erarbeitet. Ich lade Sie ein, diese wieder oder neu zu entdecken

https://www.fdp.de/media/358/download?inline

Dort finden Sie unter anderem die 6 Traditionen des Liberalismus und wie sie zusammenwirken: Die Tradition des Bürgerrechts- und Rechtsstaatsliberalismus, die Tradition

des sozialen Liberalismus, die Fortschrittstradition, die Tradition des (inter-)nationalen Liberalismus, die Tradition des Wirtschaftsliberalismus, die Tradition des politischen Liberalismus. "Alle sechs Traditionen bekräftigen eine Politik für die Freiheit des Einzelnen, für Toleranz, für Teilhabe, für Bildung und Wachstum. So sichern wir die Chancen des Einzelnen und das Recht auf Selbstentfaltung" (ebd. Seite 5).

Liebe Mitglieder, die Welt verändert sich und es gibt keine fertigen Lösungen. Die Karlsruher Thesen als Grundsatzprogramm begründen jedoch eine gemeinsame Basis, von der aus wir liberale Politik gestalten. Wir wollen das wahlkampffreie Jahr nutzen, um mit Ihnen dazu im Gespräch zu sein. In Planung sind

- eine Regionalkonferenz zu einem Thesenpapier des Landesvorstandes im Juli
- › die eingangs genannte Mitgliederbefragung
- gesellige Zusammenkünfte wie der Drachenboot-Cup und eine Wanderung im Kontext des 24-Tage-Laufs für Kinderrechte
- Zwei Führungen durch die Ausstellung zu Stuttgart Rosenstein
- Diverse Stammtische mit der Gemeinderatsfraktion, den Regionalräten, unserem Landtagsabgeordneten Friedrich Haag sowie mit unserer Bundestagsabgeordneten und Generalsekretärin Judith Skudelny.

Wir planen zudem eine Social-Media-Kampagne "Warum ich bei der FDP bin?" Haben Sie Lust mitzumachen? Dann senden Sie eine Mail an mich (reich-gutjahr@fdpstuttgart.de).

Ich freue mich auf anregende Gespräche und Begegnungen mit Ihnen.

Herzlichst Ihre

1. Pin. 14 400

Gabriele Reich-Gutjahr Kreisvorsitzende

## Bericht zum 73. Ordentlichen Bundesparteitag in Berlin am 23. und 24. April 2022



Endlich wieder in echt, zum Anfassen und in Farbe! Auch wenn die Vorfreude auf den Parteitag durch die aktuellen Entwicklungen deutlich getrübt war, so reisten die Stuttgarter Delegierten doch zuversichtlich gestimmt am 23. April nach Berlin zum 73. Ordentlichen Bundesparteitag der Freien Demokraten. Mit Gabriele Reich-Gutjahr, Charlotta Eskilsson, Judith Skudelny, Michael Marquardt, Thilo Scholpp, Ben Zimmermann und Volker Weil war Stuttgart wieder stark auf dem Parteitag vertreten.

Auch wenn unsere politischen Mitbewerber in den Reden auch diesmal adressiert wurden, so war auf diesem Parteitag deutlich die staatspolitische Verantwortung zu erkennen, die die FDP mit der Regierungsbeteiligung übernommen hat.

Schon im Vorfeld und der Vorberichterstattung stand der Parteitag stark im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Dies war dann auch das dominierende Thema in den Reden sowohl von Wolfgang Kubicki als Eröffnungsredner als auch von Christian Lindner, der aus der Hotel-Quarantäne in Washington per (wackeliger) Videoübertragung zugeschaltet war. Wolfgang Kubicki stellte mit Blick auf die SPD die Frage, ob Deutschland wirklich alles tut, was erforderlich ist, um den Angriffskrieg in Europa zu stoppen: "wie definieren wir unser 'nie wieder'? Wie sieht unsere besondere Verantwortung aus?". Er wies auch darauf hin, dass "nur der Kreml definiert, was als Provokation gewertet wird". Auch Christian Lindner erklärte seine volle Solidarität mit der Ukraine nachdem Putin eine fundamentale Veränderung der geopolitischen Situation herbeigeführt hat. Er sieht einen Grund für den russischen Angriff in der klar westlich ausgerichteten, freiheitlichen Werteentscheidung, welche die Ukraine für sich getroffen hat. Die Sanktionen gegen Russland müssen langfristig weitergeführt werden – "unter Putin kann es keine Normalität mit Russland mehr geben." Zu Waffenlieferungen sagte Christian Lindner klar und deutlich: "die Ukraine benötigt militärische Unterstützung und schwere Waffen für einen Sieg". Er nahm dabei gleichzeitig den Bundeskanzler in Schutz, der sorgsam abwäge und daher das volle Vertrauen der FDP hat. Christian Lindner nannte drei Kriterien für die Waffenlieferungen: sie müssen im Gleichklang mit den Verbündeten stattfinden, die eigene Verteidigungsfähigkeit darf nicht beeinträchtigt werden, Deutschland und die NATO darf nicht zur Kriegspartei werden.

Die Situation der Bundeswehr bezeichnete Christian Lindner als beklagenswert und bekräftigte die große Bedeutung des 100 Mrd. Sondervermögens der Bundeswehr. Dabei griff er die Unionsfraktion an, die nach jahrzehntelanger Vernachlässigung der Bundeswehr nun bei der Zustimmung zum Sondervermögen "parteipolitisches Bodenturnen" veranstaltet, indem sie nur genau diejenigen für die 2/3 Mehrheit erforderlichen Stimmen geben wolle, um so die Abstimmung der Abgeordneten der Koalition transparent zu machen. Ebenso muss sich die Union fragen lassen, wer die Verantwortung für die energiepolitische Abhängigkeit von Russland zu tragen hat. In dieser Situation ist es erforderlich, dass wir die parteipolitischen Grenzen überwinden und gemeinsam an Lösungen zur energiepolitischen Unabhängigkeit arbeiten. Hierbei müssen wir uns von Ideologien lösen und bei Embargoentscheidungen Vorsicht walten lassen: "Wir müssen Putins Kriegskasse stärker treffen als unsere eigene strategische Durchhaltefähigkeit". In diesem Zusammenhang müssen nach Wolfgang Kubickis Ansicht auch die Tabuthemen Kernenergie und Kohle diskutiert werden.

Um den wirtschaftlichen Auswirkungen des Angriffskrieges entgegenzuwirken, nannte Christian Lindner einige wesentliche Elemente, um die Standort- und Investitionsbedingungen zu verbessern: Bürokratieabbau, Bildung, Fachkräfte, keine Steuererhöhungen sowie die Beibehaltung der Schuldenbremse im Grundgesetz. Die Notenbanken müssen zudem ihrem Mandat nachkommen, die Stabilität der Preise zu garantieren.

Schließlich wies Christian Lindner darauf hin, dass Putin mit dem Angriffskrieg erreicht hat, dass die liberalen Demokratien in der Welt näher zusammengerückt sind und die zivilisatorische Entwicklung verteidigen – hin zu gemeinsamen Werten, Frieden, Menschenrechten und Freiheit

Ein weiteres wesentliches Thema der Reden waren die Corona-Maßnahmen. Wolfgang Kubicki stellte klar, dass auch hier die FDP staatspolitische Verantwortung übernommen hat – weg von nicht mehr verhältnismäßigen Grundrechtseingriffen hin zur Normalität. Die Überzeugungen und der Einsatz insbesondere der FDP hat in der Corona-Politik schließlich wieder zu mehr Freiheiten im Alltag geführt.

Im Rechenschaftsbericht des Schatzmeisters konnte **Harald Christ** vermelden, dass die FDP im vergangenen Jahr das höchste Spendenaufkommen aller Zeiten erzielt und dadurch sogar im Superwahljahr 2021 ein positiveres Finanzergebnis erreicht hat.

In der Aussprache stellte unser Stuttgarter Delegierter Ben Zimmermann die Bedeutung von E-Fuels zur Erreichung unserer umwelt- und energiepolitischen Ziele in sämtlichen Anwendungen inklusive Neufahrzeugen heraus. Die FDP in der Bundesregierung müsse ihr zentrales Wahlkampfversprechen Technologieoffenheit einlösen. Marie-Agnes Strack-Zimmermann forderte unter Standing Ovations eine wirtschaftliche und militärische Führungsrolle Deutschlands im Ukraine-Krieg – einschließlich der Lieferung schwerer Waffen. "Denn wenn Russland diesen Krieg gewinnt, diesen Vernichtungsfeldzug, so bedeutet das ein anderes Europa."

Die anschließenden Wahlen waren geprägt von der Neuwahl des Schatzmeisters, bei der **Michael Link** aus Baden-Württemberg mit 95% zum neuen Bundesschatzmeister gewählt wurde, sowie des Generalsekretärs, bei der **Bijan Djir-Sarai** 89% der Stimmen auf sich vereinen konnte. Bijan Djir-Sarai plant, die Partei moderner, digitaler und attraktiver zu machen. Er verwies auf 10 Jahre Karlsruher Freiheitsthesen und überreichte den Delegierten ein Exemplar dieses Grundsatzprogramms. Er versteht sich als

 auch unbequemer – Vertreter liberaler Überzeugungen und er wird "mit Sicherheit kein zusätzlicher Regierungssprecher" sein.

Darüber hinaus wurden **Renata Alt**, **Susanne Schütz** und **Franziska Brandmann** neu als Beisitzerinnen in den Bundesvorstand gewählt.

In den Antragsberatungen wurde nach einigen Satzungsänderungsanträgen der Leitantrag "Freiheit sichern – Werte schaffen" diskutiert und mit großer Mehrheit beschlossen. Dieser Beschluss setzt im Angesicht des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Putins gegen die Ukraine den Rahmen für eine wehrhafte, liberale Demokratie in Deutschland und Europa in vier Bereichen: Die Modernisierung und Ertüchtigung der deutschen Streitkräfte zu den modernsten Streitkräften Europas, die Entwicklung einer fortschrittlichen und krisensicheren Infrastruktur, die Schaffung von Wohlstand durch Soziale Marktwirtschaft und stabile Finanzen und schließlich der Schutz von Freiheit durch Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

In die 11 Forderungen der Freien Demokraten zu Frieden, Freiheit und einer europäischen Perspektive für die Ukraine wurde vom Parteitag explizit auch die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine aufgenommen. In den weiteren auf dem Parteitag beschlossenen Anträgen forderte die FDP eine liberale BAföG-Reform mit elternunabhängigem BAföG, die Digitalisierung aller Behörden bis 2025, sowie eine größere Verantwortung der Küstenregionen für die Versorgungssicherheit in Deutschland.

Am Ende des Parteitags, der deutlich gezeigt hat, dass sich die FDP ihrer besonderen Verantwortung für Deutschland und Europa bewusst ist, begaben sich die Stuttgarter Delegierten mit einem positiven und zuversichtlichen Eindruck auf die Heimreise. Judith Skudelny: "Ich freue mich über den Beschluss der Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine. Freiheit braucht Verbündete." Ben Zimmermann: "Endlich wieder ein 'normaler' Parteitag ohne Corona-Einschränkungen. Das Netzwerken funktioniert so einfach viel besser." Gabriele Reich-Gutjahr: "Mir war wichtig, dass die Beschleunigung des Baus der Stromtrassen in den Süden beschlossen wurde. Wir dürfen den Windstrom nicht länger in den Wind blasen."

# FDP-Akzente 2022 in der Ehe- und Familienpolitik



Seinem interessierten Publikum brachte **Roland Kemper** (Stadtgruppe Mitte/Süd, LFA Innen und Recht) in einer Veranstaltung die im Koalitionsvertrag vereinbarten FDP-Akzente in der Ehe- und Familienpolitik näher.

Anhand aktueller Gesetzestexte zeigte der Jurist den aus liberaler Sicht bestehenden Handlungsbedarf auf, führte die entsprechende FDP-Position dazu aus, erwähnte die öffentliche Kritik daran, um mit einem Gegenargument zu schließen. Dieser Systematik folgend erhielt das Publikum Informationen zu den folgenden Themen:

- 1. Abschaffung § 219a ("Werbeverbot" für Schwangerschaftsabbrüche)
- 2. Legalisierung von Leihmutterschaft
- 3. Mehrelternschaft/Elternschafts-Vereinbarungen
- 4. Adoptionsrecht Nicht-Verheirateter für nicht-genetische Kinder
- 5. Verantwortungsgemeinschaft
- 6. Splittingverfahren



#### Beispiel Abschaffung §219a:

 $\S\,219a$ Strafgesetzbuch, Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft

- (1) Wer [...] seines Vermögensvorteils wegen oder in grob anstößiger Weise [...] eigene oder fremde Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruchs [...] anbietet, ankündigt, anpreist oder Erklärungen solchen Inhalts bekanntgibt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (4) Absatz 1 gilt nicht, wenn Ärzte, Krankenhäuser oder Einrichtungen 1.auf die Tatsache hinweisen, dass sie Schwangerschaftsabbrüche unter den Voraussetzungen des § 218a Absatz 1 bis 3 vornehmen, oder 2. auf Informationen einer insoweit zuständigen Bundes- oder Landesbehörde, einer Beratungsstelle nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz oder einer Ärztekammer über einen Schwangerschaftsabbruch hinweisen.

**FDP-Position:** Ersatzlos abzuschaffen, weil dies schnelle, sachliche online-Information (auch über Methoden) in Notlagen gerade durch die berufsrechtlich besonders berufenen Ärzte und die freie Arztwahl erschwert

Kritik: Online-Erläuterungen auf Ärzteseiten ("schmerzfreie Durchführung"), Plakatwerbung an Haltestellen (wie für Schönheitsoperationen) und Online-Beratung banalisieren den Schwangerschaftsabbruch und missachten deshalb das ungeborene Leben; Hinweis auf Beratungsstellen, Ärztekammern, und kommerzielle Seiten (netdoktor, pro familia etc.) reichen

Gegenargument: Keine Banalisierung: Das bestehende Beratungsmodell hat sich bewährt und stellt den gebotenen Schutz des ungeborenen Lebens hinreichend sicher. Es kann auch nicht sein, dass der Abbruch straffrei ist, die diesen ermöglichende, sachliche, durch ärztliches Berufsrecht regulierte Werbung aber nicht.

Zunächst als Zuhörerin anwesend, bereicherte Judith Skudelny MdB mit Hintergrundinformationen aus der Regierungsbank den Impulsvortrag. Sehr offen und respektvoll für verschiedene Standpunkt entwickelte sich eine Diskussion, bei der neben Parteifreundinnen und -freunden aus dem Kreisverband Stuttgart auch externe Gäste zugegen waren.

Ein herzliches Dankeschön an den Referenten und die Co-Referentin für diese inhaltlich sehr informative Veranstaltung!

## PSYCHE UND CORONA.

INFORMATIONSABEND
ZUM THEMA: DIE
PSYCHOLOGISCHEN FOLGEN
DER CORONA-PANDEMIE



MI., 13.07.2022 18:30-20:30 UHR ALTE KANZLEI RAUM SCHILLER 1.STOCK

Der FDP-Kreisverband Stuttgart lädt zu einem Informationsabend mit **Leonie Hermann** (Moderation) und der **Psychologin Barbara Eggers** zum gemeinsamen Austausch ein.

Viel haben wir wegen Corona durchmachen müssen. Diskutieren Sie mit uns Ihre Erfahrungen, Erlebnisse und Geschichten aus dner Pandemiezeit. Die Veranstaltung ist öffentlich. Sie können gerne auch an Nicht-Parteimitglieder darauf aufmerksam machen.

Die Teilnehmerzahl ist auf 30 begrenzt. Die Plätze werden nach Eingang der Anmeldung vergeben. Bitte melden Sie sich verbindlich unter der E-Mail-Adresse info@fdpstuttgart.de an. Anmeldeschluss ist 10.07.2022.

## Zusammenarbeit auf der Filderebene: Gemeinsamer Vorstoß für einen Ausbau der U-Bahn-Linie 8



**Johanna Molitor** Beisitzerin im Kreisvorstand Bezirksbeirätin Sillenbuch

Interfraktionell und bezirksübergreifend fordern die Anrainerstadtbezirksbeiräte der U-Bahn-Linie 8 in einem gemeinsamen Antrag den zügigen Ausbau. Die Stadtverwaltung, der Gemeinderat und die SSB sind nun aufgefordert, die U8 zumindest in den Stoßzeiten auf einen Zehn-Minuten-Takt zu verdichten. Zudem sollen die Bahnen auch in den Abendstunden und am Wochenende fahren. In diesen Zeiten verbleibt nur der umständliche und zeitraubende Umweg mit Umstieg an der Haltestelle Bopser.

Der Status Quo ist nämlich unbefriedigend. Bezirksbeirätin Johanna Molitor aus Sillenbuch sagt: "Dass die Linie U8 in den Abendstunden und am Wochenende gar nicht fährt, ist sehr ärgerlich. Nicht nur für die Nutzerinnen und Nutzer der Linie, sondern auch für die Einzelhändler und Gastronomen in Sillenbuch, Möhringen, Degerloch und Vaihingen, die aufgrund der fehlenden Anbindung auf Kundinnen und Kunden an den Wochenenden und den Abenden verzichten müssen."

Auch am Tag ist eine Nachverdichtung des U-Bahn-Taktes zwingend notwendig. Durch beispielsweise den Ausbau bestehender Schulen oder die Entstehung neuer Büros am Albplatz in Degerloch oder neuen Wohngebieten in Möhringen haben sich die Anforderungen der Fahrzeiten der Linie 8 erheblich verändert. Der Ausbau der Filderlinie kann ebenfalls einen entlastenden Effekt auf die Verbindungen ins Stuttgarter Zentrum haben und die Attraktivität des Öffentlichen Nahverkehrs steigern.

Vor dem Hintergrund der ambitionierten Ziele der Stadt Stuttgart zur Verlagerung von mehr Fahrten auf die öffentlichen Verkehrsmittel kann es daher nicht beim Status quo



und der langsamen Ausbauplanung bleiben. Nur wenn ein erweitertes und attraktives Angebot bereitsteht, kann es auch im Sinne der Verkehrswende genutzt werden.

Bezirksbeirat Thilo Rossberg aus Degerloch freut sich, dass das Ziel einer weiteren Steigerung der Attraktivität der Epplestrasse als zentralem Einkaufs- und Nahversorgungsgebiet des Stadtbezirks weiter verfolgt werde: "Der Bezirksbeirat Degerloch hat dazu bereits seit einigen Jahren ein Verkehrskonzept entworfen und der Stadtverwaltung zur weiteren Planung und Ausdetaillierung zugeleitet. Eine wie im Antrag angedachte Taktverdichtung mit Ausweitung der Betriebszeiten für die Linie U8 ergänzt dieses Konzept durch eine verbesserte öffentliche Verbindung mit den Filderbezirken und wird die positive Entwicklung des Stadtbezirks zusätzlich unterstützen." Auch aus dem Bezirksbeirat Vaihingen wird dieser Antrag begrüßt. **Michael Mehling** resümiert: "Was ich bemerkenswert finde ist, dass der Antrag fraktionsübergreifend in den Bezirksbeiräten und dazu noch bezirksübergreifend in mehreren Stadtbezirken auf einhellige Zustimmung stößt."

# FDP Stuttgart auf pro-ukrainischen Demos



**Philip Eberle** Stadtgruppenvorsitzender West

Das Organisationskomitee "Support Ukraine" veranstaltet regelmäßig Demos in der Stuttgarter Innenstadt gegen den russischen Angriffskrieg. Neben der an die russische Regierung gerichtete Forderung, die Kampfhandlungen sofort einzustellen und ihre Truppen abzuziehen, setzen sich die Demonstranten für eine stärkere Unterstützung der Ukraine durch die Bundesregierung ein. Diese Forderung bezieht sich sowohl auf humanitäre Hilfe als auch auf die Lieferung von schweren Waffensystemen.

Die FDP Stuttgart war eingeladen, zu zwei der Demonstrationen im April und Mai Redebeiträge beizusteuern. **Philip Eberle**, Stadtgruppensprecher FDP Stuttgart-West, vertrat die FDP an beiden Terminen und unterstrich dabei die Solidarität der Freien Demokraten mit der Ukraine und stellte sich gestützt auf den Beschluss vom Bundesparteitag hinter die Forderung der Demonstranten, die Ukraine umfassend in ihrem Widerstand gegen die russische Aggression zu unterstützen.

Neben den Vertretern anderer Parteien steuerten unter anderem die Hilfsorganisation STELP e.V. und viele Geflüchtete, die erst in den vergangenen Wochen und Tagen die Ukraine verließen, Redebeiträge bei. Allem voran diese detaillierten und aufwühlenden Berichte aus dem Kriegsgebiet verdeutlichten die Notwendigkeit, weiterhin solidarisch an der Seite der Ukrainer sowohl in Deutschland, aber auch in der Ukraine zu stehen.



→ Philip Eberle bei seinem Redebeitrag für die FDP Stuttgart



→ Demonstration "Support Ukraine"durch die Stuttgarter Innenstadt

# FDP Stuttgart Neumitgliedertreffen am 4. Mai 2022 auf dem Frühlingsfest



Die Schausteller auf dem Frühlingsfest durften nach zwei Jahren Corona-Pause endlich wieder loslegen. Der Kreisverband Stuttgart – der sie immer unterstützt hat – freut sich mit ihnen! In Stadt und Land haben wir uns für ein Frühlingsfest light stark gemacht. Nun konnten wir auch an die alte Tradition unseres Neumitgliedertreffens anknüpfen. Mehr als 240 neue Mitglieder seit Anfang 2021 – wenn das kein Grund zu feiern ist. Danke an **Nico Metz**, unseren Stamm-Volksfestwirt mit der Grillmeisterei und seinem tollen Team!









## Die Zukunft der Innenstadt – Teil 2



**Dr. Cornelius Hummel** Beisitzer im Kreisvorstand Bezirksbeirat Mitte

Als Fraktionssprecher für Mittelstand, Handwerk und Einzelhandel hatte Prof. Dr. Erik Schweickert MdL zusammen mit Friedrich Haag MdL zu einer Info-Tour mit dem Thema "Für eine Zukunft von Innenstadt und Einzelhandel" eingeladen. City-Manager Sven Hahn von der City Initiative Stuttgart (CIS) führte die beiden Landtagsabgeordneten sowie die Kreisvorsitzende Gabriele Reich-Gutjahr und mich als Bezirksbeirat über die Königstraße um von den aktuellen Entwicklungen und Problemen zu berichten.

Am Schlossplatz wurde diskutiert, wie mit attraktiven Veranstaltungen für eine Durchmischung des Publikums gesorgt werden könne. Meine eigenen Gespräche mit Einzelhändlern und Gastronomen im Königsbau haben ergeben,



→ v.l.n.r.: City-Manager Sven Hahn, Prof. Dr. Erik Schweickert MdL, Friedrich Haag MdL, Gabriele Reich-Gutjahr und Dr. Cornelius Hummel

dass sich Events wie das Trickfilm-Festival, das SWR Sommerfest oder das Kinderfest positiv auf das Publikum sowie die Umsätze auswirken.

City-Manager Sven Hahn führte als aktuelles Problem an, dass die Verwaltung mit der Genehmigung für Umnutzungen, bspw. von Handel zu Dienstleistung oder Gastronomie leider manchmal so lange benötige, dass der Investor dann wieder abspränge, da er ggf. durch Zulieferverträge etc. seine eigene Zusage gar nicht so lange aufrechterhalten könne, bis die Stadt ihre finale Entscheidung getroffen habe. Auch schränken virtuelle Abstellflächen für die Regio Räder, also keine festen Stationen, sondern nur potentielle Abstellflächen die durch blaue Markierungen auf dem Boden ersichtlich sind, an manchen Orten, wie dem Hofbräueck am oberen Ende der Königstraße, die Nutzung für potentielle Außengastronomie stark ein.

Prof. Dr. Erik Schweickert MdL und Sven Hahn sprachen auch über Konzepte der Zukunft. So sei die Verknüpfung von stationärem Handel und eCommerce essentiell. Themen wie "Click & Collect", also die Bestellung der Ware online, aber die Abholung im lokalen Handel oder die Prüfung der lokalen Verfügbarkeit eines Wunschartikels in einem Umkreis, zeichnet eine hybride Zukunft für den Einzelhandel. Bestes Beispiel ist das Kaufhaus Breuninger. Der Stuttgarter Einzelhändler macht mittlerweile mehr als 50% seines Umsatzes mit seinem Onlineshop. Die Zukunft des stationären Handels ist also mit dem Onlinehandel stark verwoben.

Wie sehen Sie die Zukunft für den Stuttgarter Einzelhandel? Schreiben Sie mir Ihre Meinung zu diesem Thema an: cornelius.hummel@fdpstuttgart.de.

# Kreisausschusssitzung der FDP Stuttgart am 27. Mai 2022



Am Freitagabend trafen wir uns um 18 Uhr im Bürgerhaus Möhringen. Fast alle Stadtgruppen sowie Vertreter der Gemeinderatsfraktion und der Arbeitskreise waren der Einladung des Kreisvorstands gefolgt. Angesichts der Tatsache, dass es ein Brückentag war, ein großartiges Engagement.

Bei dieser Kreisausschusssitzung standen die Mitglieder im Mittelpunkt. In vier Gruppen gingen wir den Themen nach: Was bieten wir in den Stadtgruppen? Was interessiert unsere Mitglieder und wie werden sie bei den Stadtgruppensitzungen eingebunden? Wie können wir Mitglieder halten und neue Mitglieder, insbesondere auch Frauen gewinnen?

Was machen andere Stadtgruppen und wie können wir die Zusammenarbeit zwischen Stadtgruppen und mit dem Kreisverband weiter verbessern?



Eine Vielzahl an Möglichkeiten wurde erarbeitet. Neben den regelmäßigen Sitzungen mit und ohne Referenten wurden informelle Treffen, öffentliche Veranstaltungen sowie Stände auch außerhalb von Wahlkämpfen genannt. Für die externe Kommunikation werden die Stadtgruppen ihre Informationen auf der Webseite des Kreisverbandes künftig selbst aktualisieren können und zur Vereinfachung der Kommunikation untereinander, werden die Stadtgruppen eine einheitliche Mailadresse erhalten nach der Struktur sg-xy@fdpstuttgart.de

Viele gute Anregungen gab es zur Einbindung von Neumitgliedern. Dabei ist klar, dass es Mitglieder gibt, die sich gerne aktiv beteiligen wollen und Mitglieder, die das nicht wollen.

Wie können wir mehr Frauen für die Freien Demokraten gewinnen? Dazu wollen wir unter anderem eine Kampag-





ne starten, die sichtbar macht, warum Frauen Mitglied geworden sind. Wichtig ist es aber auch, Frauen (und Männer) persönlich anzusprechen und zu Stadtgruppensitzungen einzuladen. Ein gutes Zeitmanagement und straffe Diskussionen wirken positiv, nicht nur auf Interessenten.

Ein herzliches Dankeschön nochmals an **Martina Weishaupt**, Beisitzerin im Kreisvorstand und Stadtgruppenvorsitzende Botnang, und **Brigitta Haak**, Stadtgruppenvorsitzende Plieningen/Birkach für die professionelle Vorbereitung und Durchführung der Gruppenarbeiten. Die Rückmeldungen der Teilnehmenden waren durchweg positiv. Jetzt liegt es an uns allen, den Erkenntnissen Taten folgen zu lassen.

Vom 1. Juli 2022 an erreichen Sie die Stadtgruppen per E-Mail unter den folgenden E-Mail-Adressen:



#### Die Stadtgruppen des Kreisverbands Stuttgart

#### **Bad Cannstatt**

sg-cannstatt@fdpstuttgart.de

#### Botnang

sg-botnang@fdpstuttgart.de

#### Degerloch

sg-degerloch@fdpstuttgart.de

#### Feuerbach

sg-feuer bach@fdpstuttgart.de

#### Mitte/Süd

sg-mittesued @fdpstuttgart.de

#### Möhringen

sg-moehringen@fdpstuttgart.de

#### Mühlhausen/Münster

sg-muehlmuenster@fdpstuttgart.de

#### Neckarvororte

sg-neckarvororte@fdpstuttgart.de

#### Nord

sg-nord@fdpstuttgart.de

#### Ost

sg-ost@fdpstuttgart.de

#### Plieningen/Birkach

sg-plieningenbirkach@fdpstuttgart.de

#### Sillenbuch

sg-sillenbuch@fdpstuttgart.de

#### Stammheim/Zuffenhausen

sg-stammzuff@fdpstuttgart.de

#### Vaihingen

sg-vaihingen@fdpstuttgart.de

#### Weilimdorf

sg-weilimdorf@fdpstuttgart.de

#### West

sg-west@fdpstuttgart.de

## Wir trauern um Friedrich Haag sr. – einen Liberalen mit Vorbildcharakter



Unser Mitglied **Friedrich Haag senior** ist in der Nacht vom 15. auf 16. Juni 2022 im 92. Lebensjahr verstorben. Er folgte seiner Frau Inge, die Anfang Januar verstorben ist und ihm lebenslang eine wichtige Stütze gewesen ist, die sich um die drei Kinder kümmerte, im Betrieb mitwirkte und eine wertvolle Gesprächspartnerin war.

Friedrich Haag trat am 1. Januar 1957 in die FDP ein. Er drängte nicht nach politischen Mandaten, war aber immer wieder bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Zunächst unterstützte er als Zweitkandidat Walter Erbe und rückte bei dessen Tod am 11. Oktober 1967 selbst in den Landtag ein. Bei der Wahl 1968 stellte er sich erneut in den Dienst der Liberalen als Zweitkandidat von Ralf Dahrendorf. Er selbst war zwischenzeitlich in den Gemeinderat der Stadt Stuttgart gewählt worden, dem er von 1968 bis 1972 angehörte. Als Dahrendorf in die Bundespolitik wechselte, rückte er am 10. November 1969 erneut nach. Danach kandidierte er fünf Mal erfolgreich als Erstkandidat und gehörte dem baden-württembergischen Landtag bis 1992 an, von 1976 bis 1988 als stellvertretender Vorsitzender der FDP-Fraktion. Er war mit seiner menschlich verbindlichen und zupackenden Art ein Glücksfall als Mandatsträger. Seine Stärke bekam er nicht zuletzt durch seinen beruflichen Hintergrund als erfolgreicher Mittelständler, der für die liberalen Ideale mit Tatkraft stand. Er hatte die Gärtnerei der Eltern in Degerloch fortgeführt und ausgebaut. Für die Bürgerinnen und Bürger war er somit immer unmittelbar als Gesprächspartner für Sorgen, Nöte und Meinungen erreichbar. (Anm.: der baden-württembergische Landtag ist erst seit 2011 ein Vollzeitparlament). Und auch mancher Ärger innerhalb der Fraktion ließ sich am besten bei ihm in Degerloch bei Brezeln und einem Viertele klären.



→ Friedrich Haag jr. MdL mit seinem Großvater Friedrich Haag sr. im Plenarsal des Landtags von Baden-Württemberg

# Ausländerbehörde ist Nadelöhr für Integration der Ukraine-Flüchtlinge



**Dr. Jan Havlik** Beisitzer im Kreisvorstand und Pressesprecher

Was er anpackte, hatte Hand und Fuß, im Beruf wie in der Politik. "Besser vor Ort gehen als lange debattieren" war seine Devise. Unvergessen sein erfolgreicher Einsatz für die Bundesgartenschau in Stuttgart 1977. Vor diesem Erfahrungshintergrund entwickelte er auch das erste Konzept 1980 für eine Landesgartenschau in Baden-Württemberg, die Vorbild wurde für Landesgartenschauen in ganz Deutschland.

Seine Leistung ist umso beeindruckender, als er die Anliegen und das Profil der Freien Demokraten auch zu Zeiten vertrat, als den Liberalen in den politischen Konstellationen wahrlich nichts geschenkt wurde. In solchen Tagen weiter für die Anliegen der freiheitlichen Demokratie einzustehen, zeugt von seinem starken Charakter und seiner liberalen Grundhaltung. So sagte er mal bei einer Stadtgruppensitzung in Degerloch, an denen er bis vor wenigen Jahren noch regelmäßig teilnahm: "Mit der FDP hat man selten einfache Zeiten."

Für seine Aktivitäten erhielt Friedrich Haag zahlreiche Ehrungen, u.a. das große Bundesverdienstkreuz und die Reinhold-Maier-Nadel; 1980 wurde er zum Ehrensenator der Universität Hohenheim ernannt

Dass sein Enkel Friedrich Haag jr. seit der Wahl im letzten Jahr die Tradition Friedrich Haags als engagierter liberaler Abgeordneter im Landtag fortsetzt, hat ihn sehr gefreut. Seine Leistung und sein Wirken werden für uns Auftrag und Ermutigung bleiben.

#### OB Nopper muss es endlich zur Chefsache machen

Vor mehr als sieben Wochen hat Nadja den Antrag nach § 24 AufenthaltsG eingereicht. Gleich nachdem sie mit ihren zwei Söhnen in Stuttgart ankam. Seitdem wartet sie auf die Fiktionsbescheinigung der Ausländerbehörde. Ohne Fiktionsbescheinigung verliert sie ab 1. Juni den Anspruch auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Arbeit darf sie nicht aufnehmen und einen Mietvertrag, den sie in Aussicht hat, kann sie nicht abschließen. Diese massiven Verzögerungen bei der Integration von Geflüchteten aus der Ukraine führen bei der FDP Stuttgart zu Forderungen an die Stadtspitze. Die Kreisvorsitzende der Freien Demokraten, Gabriele Reich-Gutjahr, fordert Oberbürgermeister Frank Nopper auf, die Abwicklung in der Ausländerbehörde zur Chefsache zu machen und sich persönlich um eine Beschleunigung zu kümmern.

Reich-Gutjahr: "Teilweise warten hier angekommene Flüchtlinge wochenlang, bis sie eine Fiktionsbescheinigung oder sonstige wichtige Dokumente bekommen. Das erschwert den Alltag dieser Menschen erheblich. Solidarität mit der Ukraine bedeutet praktisch, für diese Menschen auch da zu sein, wenn sie den Weg zu uns gefunden haben. Gerade Frauen mit Kindern, die einen großen Teil der Geflüchteten aus der Ukraine ausmachen, müssen hier zügig die Möglichkeit erhalten, auf eigenen Beinen zu stehen. Das sind wir zudem auch den privaten Gastgebern schuldig."

# Die FDP wehrt sich gegen das Aus für den Verbrennungsmotor



**Judith Skudelny** MdB

Das EU-Parlament will ab 2035 den Verkauf von Neuwagen mit Verbrennungsmotor verbieten. Es hat Anfang Juni beschlossen, dass dann nur noch Autos und Transporter auf dem Markt zugelassen werden sollen, die keine Treibhausgase ausstoßen. Besonders ärgerlich: Auch für E-Fuels soll es keine Ausnahmen geben. Damit sind die Parlamentarier weitgehend dem Vorschlag der EU-Kommission zum Klima-, Energie- und Verkehrspaket "Fit für 55" gefolgt.

Endgültig beschlossen ist das Aus des Verbrenners damit allerdings nicht. Bevor die Regelung in Kraft treten kann, muss das EU-Parlament noch mit den Mitgliedsstaaten darüber verhandeln. Ende Juni (und damit nach Redaktionsschluss) sollen die Umweltminister im Europäischen Rat darüber befinden, wie es mit dem Verbrennungsmotor weitergeht. Damit bei den sogenannten Trilog-Verhandlungen zwischen EU-Parlament, Kommission und Mitgliedsstaaten in Form des Ministerrats eine Einigung zu dem Gesetzesvorschlag zustande kommt, müssen mindestens 15 der 27 EU-Staaten zustimmen und dabei mindestens 65 % der EU-Bevölkerung repräsentieren.

Die Ampelkoalition ist über die deutsche Haltung uneins. Die grüne Umweltministerin Steffi Lemke hatte den Vorschlag der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments unterstützt. Unser Bundesvorsitzender Christian Lindner machte hingegen deutlich, dass Deutschland den Plänen der EU nicht zustimmen könne.

Falls das Verbrennerverbot ab 2035 kommt, würde das bedeuten, dass die heute 140-jährige Erfolgsgeschichte des Kolbenmotors in und aus Deutschland ein jähes Ende findet. Gerade Baden-Württemberg als Wiege des Automobils

ist von der Debatte emotional besonders getroffen. Selbstverständlich bekennen wir uns zu den Pariser Klimazielen und erkennen an, dass auch der Verkehrssektor seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss. Auf dem Weg dorthin sehen wir das faktische Verbrenner-Aus allerdings mehr als kritisch. Wir halten es sogar für grundlegend falsch.

Nicht umsonst steht die FDP für Technologieoffenheit und Vielfalt - auch bei Motoren- und Antriebstechnik. Wir sollten uns für die Zukunft Flexibilität und Anpassungsfähigkeit offenhalten, denn allein mit der Elektromobilität werden sich im Verkehr die ambitionierten Klimaschutzziele nicht erreichen lassen. Gerade deshalb braucht der klimaneutral betankte Verbrennungsmotor eine Perspektive!

Wie wichtig Anpassungsfähigkeit ist, sehen wir aktuell bei unserer Abhängigkeit in Sachen Energieversorgung. Wir haben uns nicht vorstellen können, dass sich da plötzlich die Rahmenbedingungen massiv verändern. Heute stehen wir mit dem Rücken zur Wand und müssen als Reaktion auf den schrecklichen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine unter großem Zeitdruck Notmaßnahmen auf den Weg bringen, um unsere lückenlose Energie- und Wärmeversorgung sicherzustellen.

Das wichtigste Argument für den Kolbenmotor ist jedoch: Der Motor selbst ist gar nicht das Problem. Es ist das Zeug, das wir hineinschütten. Die erdölbasierten Kraftstoffe sind doch das eigentliche Problem. Wenn wir Klimaschutz betreiben wollen, müssen wir die Emissionen verhindern.

Für dieses Problem gibt es eine Lösung: E-Fuels. Das sind wasserstoffbasierte Kraftstoffe, die leicht zu transportieren



sind und für die sogar schon heute mit dem bestehenden Tankstellennetz eine funktionstaugliche Infrastruktur vorhanden ist. Deswegen sollten wir uns diese Möglichkeit offenhalten und die Produktion der E-Fuels hochfahren – und das eben nicht nur für die Bestandsflotte. Wir sollten uns auch perspektivisch die Flexibilität erhalten, alle klimaneutralen Antriebsstränge zu nutzen.

Diese Position der FDP ist nicht neu. Wir haben damit Wahlkampf gemacht und es ist uns gelungen, sie im Koalitionsvertrag zu verankern. Dort steht: "Ab 2035 sollten Fahrzeuge neu zugelassen werden können, die nachweisbar nur mit E-Fuels zu betanken sind." Die Freien Demokraten werden in der Ampelkoalition weiter dafür kämpfen, dass wir den Koalitionsvertrag umsetzen und so Technologieoffenheit und effektiven Klimaschutz miteinander verbinden.

**Update:** Kurz vor Redaktionsschluss erreichten uns noch die Ergebnisse aus der Sitzung des Umweltministerrats der EU, welcher am 28. Juni 2022 getagt hat. In den dortigen Verhandlungen ist es Dank der FDP gelungen, eine Hintertür für E-Fuels und somit für den Verbrennermotor offen zu halten. Durch den sogenannten Erwägungsgrund 9a wird ein Prüfauftrag an die EU-Kommission erteilt, welche herausfinden soll, inwiefern sich Rahmenbedingungen für die Neuzulassung von klimaneutral betriebenen Fahrzeugen mit Verbrennern ab 2035 schaffen lassen. Dazu ist anzumerken: Dieser Prüfauftrag ist rechtlich nicht bindend. Auch betrifft er nur Fahrzeuge außerhalb der CO<sub>2</sub>-Flottengrenzwerte. Leider liegt zu diesem Zeitpunkt der Beschluss des Umweltministerrats noch nicht vollständig in Textform vor, weshalb ich noch keine abschließende Bewertung vornehmen kann. Grundsätzlich ist es aber ein Erfolg der FDP, insbesondere auch durch Christian Lindners Widerstand, dass sich der ursprüngliche Vorschlag des EU-Parlaments nicht durchsetzen konnte.

Der nächste Schritt im Gesetzgebungsverfahren wird nun darin bestehen, dass der abgeänderte Vorschlag zurück an das EU-Parlament geht. Bevor der Vorschlag in zweiter Lesung im EU-Parlament eingebracht wird, kommt es zu einer Nachverhandlung des finalen Gesetzestextes. Allerdings kann der Vorschlag der Umweltminister auch widerspruchsfrei übernommen und in zweiter Lesung im EU-Parlament eingebracht sowie verabschiedet werden. Mit diesem Ausgang ist gar zu rechnen. Wir sind aber zuversichtlich, dass die EU-Kommission ein Konzept präsentieren wird, dass technologieoffenen Klimaschutz für den Pkw-Verkehr ermöglicht. Darauf werden wir Freien Demokraten auch weiter drängen.

## Ein Jahr im Landtag – Aktuelles aus meiner Arbeit als Stuttgarter MdL



**Friedrich Haag** MdL

#### Ein Jahr Grün-Schwarz – nur Enttäuschungen

Schon über ein Jahr läuft die aktuelle Legislatur. Wir in der FDP-Fraktion haben die ersten zwölf Monate der grün-schwarzen Koalition, die Winfried Kretschmann partout so weiterführen wollte, unter die Lupe genommen und das Regierungshandeln analysiert. In einem Positionspapier, das Sie im Internet unter www.fdp-landtag-bw.de finden, ist aufgelistet, was Grüne und CDU so alles anstellten bzw. wo schlicht gar nichts lief. Das Papier trägt den Titel "Das nächste Kapitel grün-schwarzer Enttäuschungen". Besonders die jüngsten Ereignisse rund um Innenminister Thomas Strobl sind ein echtes Menetekel für diese Regierung. Es wäre die Aufgabe des Ministerpräsidenten, Strobls Anschlag auf die Gewaltenteilung umgehend zu beenden und dafür zu sorgen, dass die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft bei der Weitergabe vertraulichen Materials um den Sex-Skandal im Innenministerium nicht mehr behindert werden. Aber Winfried Kretschmann ist der Koalitionsfrieden mit der CDU wichtiger als der Rechtsstaat. Zum Glück wird es jetzt einen Untersuchungsausschuss geben, den wir Liberale mit der SPD beantragten. Auch in anderen Feldern blamierte sich die Landesregierung und zeigte mehr als einmal autoritäre Züge – etwa in der Corona-Politik oder bei der beschlossenen Solardachpflicht. Was stört uns noch? Eine völlig überhastete und augenscheinlich fehlerhafte Wahlrechtsreform, die dem Steuerzahler Rekordausgaben für das Parlament in Aussicht stellt, ohne dafür mehr Demokratie zu bekommen. Ganz schlecht schaut es in der Bildung aus, bei der Baden-Württemberg in relevanten Rankings nur noch hintere Plätze im Ländervergleich belegt. Die Rekordausgaben im Landeshaushalt hängen auch damit zusammen, dass sich die Landesregierung unnötige zusätzliche Staatssekretäre leistet oder ein neues "Tiny-House-Ministerium", nur um mit Pöstchen den ewigen Koalitionsfrieden zu erkaufen.

#### Verbrenner-Verbot muss verhindert werden

Gegen die Entscheidung des EU-Parlaments, den Verkauf von Neuwagen mit Verbrennungsmotoren ab dem Jahr 2035 zu verbieten, müssen wir alle Verantwortlichen in Bund und Land mobilisieren. Es ist gut, dass Christian Lindner sofort sagte, die Bundesregierung werde dem Verbot nicht zustimmen. Kommt das Aus für den Verbrennungsmotor, dann wird er auch nicht weiterentwickelt und produziert werden,



 $\begin{tabular}{ll} \begin{tabular}{ll} \beg$ 

zumindest nicht in Europa und Deutschland. Hauptbetroffen wäre Baden-Württemberg: Allein auf den Fahrzeugbau, die Zulieferindustrie, das Kfz-Handwerk und den Vertrieb entfallen hier rund 480.000 Beschäftigte. Ganz grundsätzlich gilt für mich: die Verbrennertechnologie ist gut, sie hat weltweit Zukunft. Dem Klima schadet einzig und allein der fossile Kraftstoff und nicht der Motor. Zur Dekarbonisierung könnten sofort synthetische, klimaneutrale Kraftstoffe beitragen, ohne dabei den hocheffizienten Verbrennungsmotor abzuschaffen. Im Sinne einer Technologieoffenheit und Arbeitsplatzsicherung sollten wir sämtliche Klimaschutzlösungen im Verkehr vorantreiben und ausprobieren. Mit E-Fuels würden zudem neue Geschäftsfelder im Land entstehen. Entlarvt hat sich in der Debatte Verkehrsminister Winfried Hermann: Wenn er sagt, das EU-Verbrennerverbot gehe ihm nicht weit genug, dann ist offensichtlich – der Obergrüne will Menschen in Baden-Württemberg in ihrer individuellen Mobilität mit dem Pkw weiter einschränken. Er will keinen Spurwechsel in Richtung klimaneutraler Zukunft, wie er mit E-Fuels schon jetzt für 99 % unseres Fahrzeugbestands möglich wäre, sondern er will Verzicht und Verbot. Wir in der FDP-Fraktion haben aus aktuellem Anlass ein Positionspapier zu E-Fuels erstellt. Sie finden es in Kürze unter www.fdp-landtag-bw.de.

#### Logistik und Lkw-Verkehr – meine Rede im Landtag

Seit 2020 liegt dem Land ein "Güterverkehrskonzept" vor, das zum Teil interessante Ideen enthält, die für die Logistikbranche, die Versorgungssicherheit und den Klimaschutz wichtig wären. Doch in Bezug auf die Umsetzung herrscht absolute Funkstille. In einer Rede im Landtag habe ich die zentralen Themen nochmals aufgegriffen und Verkehrsminister Winfried Hermann aufgefordert, das Thema Güterverkehr genauso ernsthaft anzugehen wie seine Fahrradpolitik. Nicht nur in Krisenzeiten wie jetzt müssen wir die Logistikketten am Laufen halten – sonst sind bald die Werkhallen und Kühlschränke leer. Angesichts der Energiepreis-Explosion steht die Logistik vor existenziellen Herausforderungen. Selbst wenn weitere Kapazitäten auf Bahn und Binnenschiffe verlagert werden, ist die baden-württembergische Wirtschaft komplett auf die Lkw-Logistik angewiesen und wird es auch in Zukunft sein. An dieser Realität dürfen wir nicht vorbeiplanen! Wir müssen auf logistische Vernetzung setzen und viel mehr Kombi-Terminals für Bahn/Lkw errichten. Überhaupt nicht auf dem Schirm hat die grünschwarze Landesregierung das Thema Lang-LKW und den Einsatz von synthetischen Kraftstoffen im Straßengüterverkehr. Von Problemen wie Fahrermangel, zu wenig Stellplätzen und den maroden Brücken in Baden-Württemberg ganz zu schweigen. Wichtig ist außerdem eine gute Straßeninfrastruktur. In den vergangenen zehn Jahren wurde dieser



→ Friedrich Haag: für fortschrittliche Lkw-Logistik im Land

Bereich weder auf das Bevölkerungswachstum noch auf die Kapazitäten im Güterverkehr angepasst. Gleiches gilt für die Schienen: Uns wird die Illusion vermittelt, eine Verlagerung auf die Bahn bis 2030 könne in großem Maßstab gelingen. Wie soll denn ein Drittel des Güterverkehrs dort laufen, wenn die entsprechenden Schienenkapazitäten gar nicht zur Verfügung stehen und parallel der Personenverkehr anwächst? Fazit: Wir brauchen eine rationale Verkehrspolitik, die zur Kenntnis nimmt, dass der Straßengüterverkehr das Rückgrat der Logistik ist.

#### Photovoltaik über Autobahnen

Das Land versucht mit der Photovoltaik-Pflicht auf Dächern und Windrädern im Staatswald die Erneuerbaren Energien auszubauen. Dabei gibt es Flächen in Baden-Württemberg, die bislang viel zu wenig berücksichtigt werden – etwa die Verkehrsinfrastruktur. Wir in der FDP-Fraktion haben deshalb einen Antrag formuliert: "Potenziale der Photovoltaik-Straßenüberdachung". Ich finde diesen Ansatz sehr spannend, denn anstatt zusätzlich Flächen für die Produktion von Erneuerbaren Energien zu belegen, wäre eine Doppelnutzung von Straßen die bessere Lösung. Leider fehlt es bisher an der rechtlichen Grundlage. So dürfen die Straßenbauverwaltungen nicht wirtschaftlich handeln. Dieses Verbot ließe sich durch Änderungen der Rechtsvorschriften aufheben. Die Landesregierung sollte eine Pflicht zum Aufbau von PV-Anlagen entlang von und auch über Straßen bei Neubauten und Sanierungen über das Klimaschutzgesetz prüfen. Generell braucht es ein Screening, welche Flächen der Verkehrsinfrastruktur sinnvoll für Solarstromgewinnung genutzt werden könnten. Auch viele große Parkplätze kämen dafür in Betracht und wären sogar ein Komfortgewinn für die dort Parkenden: Im Sommer ist es angenehmer, im Schatten einer Photovoltaik-Anlage zu parken. Wo ich auch Handlungsbedarf sehe, sind Bahnanlagen. Traurig, aber wahr: Bislang verfügt kein einziger Bahnhof im Land über eine Solaranlage.

#### **Rettungsdienst in Not**

Wer die 112 anruft, hofft auf schnelle Hilfe durch den Rettungsdienst oder Notarzt. Allerdings gibt es vermehrt Engpässe in der Landeshauptstadt. Dann werden Rettungsdienste aus Nachbarkreisen oder die Werkambulanzen von Daimler und Bosch alarmiert. Über eine Kleine Anfrage habe ich erfahren: Bereits 7,5% aller Stuttgarter Notarzt-Einsätze werden von Notärzten aus den Nachbarkreisen übernommen. Bei den Rettungswagen-Einsätzen sind es 5,7%, die von Bosch und Daimler sowie vom Rettungsdienst umliegender Kreise gefahren werden. Das kann nicht sein. Wir brauchen in der Landeshauptstadt mehr Rettungsmittel und mehr Personal! Durch die Anfahrt aus den Nachbarkreisen bleibt oftmals wichtige Zeit zur Versorgung der Patienten auf der Strecke. Dies zeigt sich auch darin, dass die vom Innenministerium mehr als großzügig interpretierte Hilfsfrist in Stuttgart regelmäßig nicht eingehalten wird - trotz der Einbindung der Werksambulanzen. Diesen Zustand muss Innenminister Thomas Strobl abstellen und sich darum kümmern, dass die Stuttgarter optimal und zeitnah im Notfall versorgt werden können. Besonders prekär ist die Lage in den Bereichen Hedelfingen/Wangen, wo zwingend weitere Rettungsmittel stationiert werden müssen. Denn alleine die Daimler-Werkambulanz in Hedelfingen übernahm im letzten Jahr 1.041 Einsätze.

#### Fragwürdige Eidechsenumsiedlung

Die Stadt Stuttgart will in Bad Cannstatt und am Oberen Freienstein in Münster Ersatzhabitate für Mauereidechsen anlegen, die vom Areal "Maker City" beim Nordbahnhof umgesiedelt werden. Rund 2,6 Millionen Euro soll das ganze Projekt für 100 bis 500 Eidechsen kosten. Doch damit nicht genug: Jetzt sollen Kleingärtner ihre Anlagen aufgeben, die sie in kleine Naturparadiese verwandelt haben, und in denen bereits Eidechsen zu Hause sind. Ich war deshalb mit Michael Sommerer (Stadtgruppenvorsitzender Münster/Mühlhausen) vor Ort in Münster und sprach mit den Betroffenen. Unverständlich: Eine öffentliche Fläche wurde



→ Ortstermin mit betroffenen Gartenpächtern im Gebiet Freienstein

brachial gerodet, sie grenzt an die Privatgärten an. Sie war ein funktionierendes Biotop und bot Fledermäusen, Ringelnattern, Blindschleichen, Igeln, Lurchen, Buntspechten und zahlreichen Insekten eine Heimat. Auch in den Privatgärten existiert eine große Artenvielfalt von Bergmolchen, Grasfröschen und Erdkröten. Die Vernichtung deren Lebensraums scheint die Stadt aber nicht zu interessieren – genauso wenig, dass die Pächter ihre Parzellen oft jahrzehntelang hegten und pflegten. Die Kleingärtner wären bereit, den Mauereidechsen Asyl zu gewähren, wenn die Stadt Steine und Mauerelemente zur Verfügung stellen würde. Das kostet nicht viel, erhält die Gärten und Artenvielfalt und wäre rasch umzusetzen! Ich kann an die Stadt nur appellieren, nach kostengünstigen Alternativen zu suchen und nicht noch mehr intakte Naturhabitate zu zerstören.

#### X1 Expressbus ist Geschichte



 $\begin{tabular}{ll} \begin{tabular}{ll} \beg$ 

Eine gute Nachricht gibt es vom nutzlosen und teuren X1-Expressbus zu vermelden. Auf meine Mündliche Anfrage hat die Landesregierung am 12. Mai bestätigt: Der Bus wird aus Landessicht nicht mehr fahren. Das Verkehrsministerium räumt ein, dass der X1-Betrieb nach Ende der Kanalbauarbeiten 2025 auf der Busspur an der Cannstatter Straße nicht fortgesetzt wird. Wegen der Baumaßnahmen ist bereits Ende August Schluss. Ab 2024, so sagte mir Staatssekretärin Elke Zimmer, solle stattdessen die Stadtbahn U1 in Richtung Cannstatt eingesetzt werden. Es ist eine sehr gute Nachricht, dass der teure Transport von Luft aus der Innenstadt nach Bad Cannstatt endlich Geschichte ist. Ärgerlich aber, dass der Landesregierung kein Mittel zu viel ist, weiter ihren ideologischen Kampf gegen den Individualverkehr zu betreiben. Die Staatssekretärin geht nicht davon aus, dass sich nach Wegfall der X1-Linie die NO2-Grenzwertüberschreitungen am Neckartor verschlechtern - für mich

einmal mehr ein Zeichen dafür, dass sich die Luftqualität dort durch den X1 nicht verbessert hat. Stadt und Land sollten sich jetzt Gedanken über eine sinnvolle weitere Nutzung des Busstreifens machen. Es darf nicht noch mal zu so einer ideologischen Fehlplanung kommen.

#### Nachtschicht im Innenstadtrevier

Wie sicher oder unsicher ist die Lage in der Stuttgarter Innenstadt am Wochenende wirklich? Einzelhändler, Gastronomen und Kulturbetriebe berichten über Umsatzeinbußen und verunsicherte Kunden in den Abendstunden - und über Menschen, die aus Angst gar nicht mehr kommen. Auch die Zahl der sexuellen Übergriffe ist rund um den Schlossplatz in den vergangenen beiden Jahren nicht zurückgegangen (wie meine Kleinen Anfrage zur Sicherheitslage im City-Ring ergab). Ich wollte mir deshalb ein Bild aus Sicht der Polizei machen und begleitete eine Streife des Innenstadtreviers auf Nachtschicht. Ausgestattet mit Sicherheitsweste und Funkgerät war ich von Freitag, 20 Uhr, bis Samstag früh 6 Uhr dabei. Durch die Sicherheitspartnerschaft zwischen Stadt und Land sind in diesen Zeiten unter anderem am Schlossplatz zusätzliche Polizeikräfte vor Ort, um die Lage zu beobachten und bei Vorfällen schnell einschreiten zu können. Nach einer Revierführung und Einweisung ging es auch schon ab in den Streifenwagen. In dieser Nacht wurden wir unter anderem zu einer Schlägerei mit Flaschenwurf, einem Ladendiebstahl, einem Einbruchsalarm sowie zum Aufbruch eines PKWs gerufen. Hinzu kamen eine Ruhestörung sowie eine Streitigkeit, die geklärt werden musste. Von den Polizisten erfuhr ich, dass es in den letzten Monaten vermehrt zu Vorfällen mit Messern und Stichwaffen kam. Was nehme ich mit von der Nachtstreife? Im Gegensatz zu anderen Schichtberufen wie z.B. Ärzte oder Feuerwehrleute sind die Polizisten ständig auf Achse, und wenn sie nicht im Einsatz sind, schreiben sie nachts um 3 Uhr ihre Einsatzberichte. Hut ab vor der Geduld und Gelassenheit, die die Beamten aufbringen. Denn Beschimpfungen und Respektlosigkeit im Berufsalltag kommen leider viel zu häufig vor, und davon ist jede einzelne Beschimpfung eine zu viel!



→ Auf Nachtstreife mit Polizisten des Innenstadtreviers

Wir brauchen mehr Respekt für die Polizistinnen und Polizisten! Sie sind nicht nur Tag und Nacht, am Wochenende und am Feiertag für uns im Einsatz, sondern riskieren dabei oft ihre eigene Sicherheit. Sie sorgen für ein sicheres Miteinander in der Stadt, welches uns allen ein Anliegen sein muss.

#### Vor Ort im Wahlkreis und in Stuttgart



→ Gast in der Rosensteinschule beim Projekt "Hallo Demokratie"

Neben Sitzungen im Landtag und der Fraktion nehme ich sehr gerne Termine in meinem Wahlkreis wahr. So diskutierte ich mit dem Jugendrat in Stuttgart-Vaihingen über Mobilität und das neue Wahlrecht. Mit OB Frank Nopper und dem Bezirksvorsteher Marco Oliver Luz pflanzte ich einen Rotdornbaum bei der Alten Scheuer in Degerloch. Anlass war das 90-jährige Bestehen des örtlichen Wein-, Obst- und Gartenbauvereins. Bei der Jahrestagung der Schornsteinfegerinnung Stuttgart hielt ich ein Grußwort und erfuhr, dass rund die Hälfte der Schornsteinfeger auch als Energieberater tätig ist und Ideen für Energieeffizienz in die Haushalte trägt. Beeindruckt war ich nach dem Besuch einer Vorbereitungsklasse in der Rosensteinschule. Hier erhalten zugewanderte Jugendliche aus vielen Nationen gemeinsam Deutsch-Unterricht. Über das städtische Bildungsprojekt "Hallo Demokratie" lernen sie neben dem Sprachunterricht Grundlagen unserer Demokratie und Gesellschaft kennen. Gut eine Stunde lang konnten mich die Schülerinnen und Schüler der Vorbereitungsklasse mit ihren Fragen löchern. Für mich sind solche Projekte ein wichtiger Baustein für die Integration von jungen Geflüchteten – insbesondere, da mit steigenden Flüchtlingszahlen aus der Ukraine weitere Kinder nach Stuttgart kommen werden.

#### **Reine Geldverschwendung**

Was wird nicht alles in das Kupferknäuel hineininterpretiert, das im Eckensee installiert wurde und dort drei Jahre bleiben soll. Ein "Mahnmal für den Klimawandel" sei es, eine "Art Wahrzeichen für Stuttgart", ein "Objekt im beuyschen Kunstbegriff". Für mich war es zunächst nur ein kaputtes Stück Dach der Stuttgarter Staatsoper – inzwischen halte ich es für ein Ärgernis und Mahnmal für den Sanierungsstau des Gebäudes. Eine FDP-Anfrage ergab, dass die Aufstellung rund 41.000 Euro kostete (25.000 Euro Gesamtkosten, 16.000 Euro Materialwert). Die Zahlen hinterlassen einen bitteren Nachgeschmack. Wieder einmal betreibt die Landesregierung reine Steuergeldverschwendung. Es scheint, als hätte sie überhaupt nicht nachgedacht. Kupfer ist nämlich ein gefragter Rohstoff: Das Geld aus dem Verkauf des Materials hätte man stattdessen in die längst fällige Sanierung der Oper investieren müssen. Dort wären die Steuergelder besser aufgehoben gewesen, anstatt sie in ein ästhetisch fragwürdiges Kunstwerk zu stecken. Leider hat solche "Symbolpolitik" Konjunktur in Baden-Württemberg. Ich erlebe es in meinem Ressort Wohnungsbaupolitik jeden Monat. So ist allen Akteuren bekannt, dass wir dringend

mehrere zehntausende Wohnungen pro Jahr im Land benötigen. Die Flüchtlingswelle aus der Ukraine hat die Lage weiter verschärft. Doch was macht das eigens geschaffene "Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen"? Es präsentiert neue Klein-Klein-Programme wie jüngst "Wohnen im Kulturdenkmal". Für den Denkmalschutz mögen die Fördermittel ja interessant sein, die eigentliche Herausforderung Wohnraummangel lässt sich damit nicht beheben. Für mich sind diese Einzelförderungen ein Tropfen auf dem heißen Stein. Oder, wie ich als Feuerwehrmann sagen würde: Das ist so, als ob ein Waldbrand mit der Wasserpistole bekämpft wird.



→ Hier liegen rund 41.000 Euro an Steuergeldern im Eckensee

#### Gäubahn und Wasserstraßenausbau

Die FDP-Fraktion im Landtag hat zwei aktuelle Positionspapiere erstellt, die auch Stuttgart und die Region betreffen. Zum einen geht es um die Gäubahn zwischen der Landeshauptstadt und Singen und den geplanten Pfaffensteigtunnel zum ICE-Halt Flughafen.

Die Fraktion setzt sich seit Jahren für einen leistungsfähigen Ausbau dieser zentralen Verkehrsachse ein. Genauso wichtig ist eine Ertüchtigung der Neckarschleusen, damit 135-Meter-Schiffe den Wasserweg nutzen können. Ein stufenweiser Ausbau, beispielsweise gegliedert in die Abschnitte rheinnah, bis Heilbronn sowie bis Plochingen, ist überfällig. Beide Papiere finden Sie online und zum Herunterladen auf der Internetseite: www.fdp-landtag-bw.de



# Erfolgreicher Parteitag des FDP-Bezirks Region Stuttgart



Der Bezirksparteitag war hochkarätig besetzt. Der Landesvorsitzende Michael Theurer MdB, Judith Skudelny MdB, Dr. Florian Toncar MdB gaben Einblicke in die Bundespolitik. Julia Goll MdL erläuterte das neue baden-württembergische Wahlrecht. Künftig wird der Bezirk auch einen Vorschlag für die Landesliste aufstellen müssen. Im Mittelpunkt standen die Neuwahlen des Bezirksvorstandes. Neu in den Bezirksvorstand wurden aus unserem FDP-Kreisverband gewählt Gabriele Reich-Gutjahr als stellvertretende Bezirksvorsitzende sowie Dr. Cornelius Hummel als stellvertretender Kassenprüfer. Als Beisitzer wiedergewählt wurde Dr. Thilo Scholpp. Die Abgeordneten aus Stuttgart, Judith Skudelny MdB und Friedrich Haag MdL, sowie die Regionalräte Gabriele Heise, Armin Serwani und Volker Weil sind kraft Amtes kooptiert.

Damit setzt sich der FDP-Bezirksverband Region Stuttgart wie folgt zusammen:

Hartfrid Wolff, Vorsitzender Gabriele Reich-Gutjahr, stv. Vorsitzende Hans-Peter Semmler, stv. Vorsitzender Sven Kobbelt, Schatzmeister Wolfgang Vogt, Schriftführer

#### Beisitzer

Hans Dieter Scheerer Anna Stubert Viola Noack Dr. Thilo Scholpp Albrecht Braun Matthias Kohn Petra Erdmann-Thon Jan Olsson

#### Kassenprüfer

Regina Strobel Uli Zinser Dr. Cornelius Hummel, stv. Kassenprüfer

Einstimmig wurde der Antrag "Wohlstand und wirtschaftliche Prosperität der Region Stuttgart erhalten und weiterentwickeln" beschlossen. In den zehn Thesen geht es um gewerbliche Ansiedlungen, eine sichere Energieversorgung, Fachkräfte, Attraktivität der Region, internationale Zusammenarbeit, Rahmenbedingungen zur wirtschaftlichen Betätigung, Mobilität und neue Zukunftsbereiche.

Deutschland, Europa und die Welt befinden sich aktuell in einer Zeitenwende. Dies betrifft in besonderem Maße auch die Region Stuttgart, deren Wohlstand zum großen Teil auf Wirtschaftsbereichen gründet, die derzeit massiven Veränderungen unterworfen sind. Die Region Stuttgart ist seit jeher eng international verknüpft, sie hat stark von der internationalen Arbeitsteilung und den globalen Märkten profitiert. Inzwischen ist die Region Stuttgart allerdings nicht mehr der unangefochtene Standort für Ansiedlungen. Daher müssen wir die Grundlagen unseres Wohlstands ins Bewusstsein rücken, damit die Region Stuttgart auch in Zukunft eine attraktive Region bleibt. Die Region Stuttgart umfasst 10 % der Landesfläche, 25 % der Bevölkerung und erwirtschaftet aktuell rund 30 % des Bruttoinlandsprodukts des Landes.

# Anträge der Gemeinderatsfraktion



**Dr. Matthias Oechsner** Vorsitzender FDP-Gemeinderatsfraktion

#### Antrag Nr. 108/2022 vom 04.04.2022 Maskenpflicht gilt ab sofort in städtischen Verwaltungsgebäuden

Seit Sonntag sind fast alle Corona-Schutzmaßnahmen weg. Masken müssen nur noch getragen werden, wo es ausdrücklich vorgeschrieben ist. Auch Zugangsbeschränkungen gibt es nur noch in wenigen Bereichen. Ladeninhaber, Betriebe, Kultureinrichtungen aber auch Verwaltungen können das Tragen der Masken über ihr Hausrecht anordnen. Zahlreiche Einrichtungen und Läden, aber auch Kommunen machen ab sofort von dieser Möglichkeit, Mitarbeitende wie auch Besucher\*innen vor Ansteckung mit einer einfachen und bereits gewohnten und gelernten Methode zu schützen, Gebrauch. Bereits einige Städte in BW haben zum Schutz der Mitarbeitenden wie auch zum Schutz der Besucher\*innen verfügt: "Bei Terminen im Rathaus und in anderen Verwaltungsgebäuden muss eine medizinische Maske (OP-Maske oder FFP2-Maske) getragen werden.

Wir sind davon überzeugt, dass das Tragen von Masken ein wirkungsvoller Schutz vor Ansteckung ist und beantragen daher: Der Oberbürgermeister und die Verwaltung nutzen das Hausrecht der Stadt und setzen eine entsprechende Verordnung mit sofortiger Wirkung um.

#### Antrag Nr. 117/2022 vom 08.04.2022 Verbesserungen für Vaihingen – Nicht nur für den Markt, sondern auch für die Mitte

Bei einem unlängst stattgefundenen gemeinsamen Vor-Ort-Termin mit den Betreuungsstadträtinnen und Betreuungsstadträten verschiedener Fraktionen wurde vom Verbund Vaihinger Fachgeschäfte (VVF), dem Bund der Selbstständigen (BDS) sowie aus dem Kreis des Bezirks-



**Sibel Yüksel** Vorsitzende FDP-Gemeinderatsfraktion

beirates und der Bürgerschaft erneut auf die Defizite in der Vaihinger Mitte hingewiesen. Diese Mitte – bestehend aus dem Vaihinger Markt, der SchwabenGalerie und der Hauptstraße bis Schillerplatz – weist in ihrer Baustruktur und dem stadträumlichen Bestand seit Jahren deutliche strukturelle Mängel auf. Daher hat der Gemeinderat im Jahr 2018 das Gebiet vom Bahnhof bis zur Alten Kelter zum Sanierungsgebiet (Vaihingen 4 – Östliche Hauptstraße) erklärt und mit dem Programm "Stadtteilzentren konkret" Fördermittel für die Ladenbesitzer zur Verfügung gestellt.

Daneben bilden die Aktivitäten des VVF, insbesondere mit seinen drei Veranstaltungen, dem Vaihinger Frühling, dem Vaihinger Herbst und dem Weihnachtsmarkt ein wichtiges Fundament für die Belebung der Vaihinger Mitte. Diese Veranstaltungen werden jährlich von rund 60.000 Menschen besucht und sollen sich zusammen mit dem neuen Vaihinger Stadtfest des Heimatrings Vaihingen-Rohr künftig über das Sanierungsgebiet erstrecken. Mittlerweile liegen umfangreiche Voruntersuchungen einer durch das Amt für Stadtplanung und Wohnen beauftragten Arbeitsgemeinschaft von Expertenbüros der Handels- und Innenstadtentwicklung vor. Ergänzt wird die Expertise durch längerfristige Maßnahmen zur Revitalisierung und Neuausrichtung des Vaihinger Markts. Unausgereift ist bisher die Umgestaltung der Hauptstraße vom Schwaben- bis zum Schillerplatz, die eine nahezu unüberwindbare Schneise zwischen Nord- und Südseite mit großen Einbußen der Aufenthaltsqualität darstellt.

Grob zusammengefasst sollen in Zukunft die Zentrumsaktivitäten nördlich der Hauptstraße konzentriert und die südliche Hauptstraße perspektivisch neu ausgerichtet werden. Der Vaihinger Markt benötigt laut der Untersuchung eine umfassende bauliche Neugliederung, wofür aktuell mehrere Varianten zur Beratung in den städtischen Gremien vorliegen. Dabei werden alle drei bisherigen Planungsvarianten vom Bezirksbeirat und den Gewerbeverbänden mehrheitlich abgelehnt.

Die Umsetzung der aus den Voruntersuchungen empfohlenen umfangreichen baulichen Maßnahmen in der Vaihinger Mitte wird sich aufgrund der komplexen Aufgabenstellung (u. a. wegen der privaten Eigentumsverhältnisse) sicher noch über Jahre hinziehen. Ein belastbarer Zeitplan liegt nicht vor, grobe Schätzungen gehen von einem Abschluss der möglichen Bauabschnitte und des Sanierungsgebiets nicht vor 2032 aus. Das heißt, dass Vaihingen noch über ein Jahrzehnt mit dem Status quo der baulichen und strukturellen Mängel umgehen muss. Da wir so lange nicht warten wollen, fragen wir die Stadtverwaltung: Wann werden die geplanten nächsten Schritte zum Sanierungsgebiet Vaihinger Markt in den städtischen Gremien vorgestellt und wie sieht der weitere Zeitplan aus?

#### Außerdem beantragen wir:

- 1. Die Verwaltung zeigt auf, wie bis Jahresende für den Vaihinger Markt wichtige Maßnahmen zur Verschönerung, Belebung und Attraktivitätssteigerung umgesetzt werden können. Dabei sollen die vom Bezirksbeirat Vaihingen bereits beschlossenen Maßnahmen bevorzugt berücksichtigt werden. Hierzu gehören:
- a.) die Erneuerung des stark reparaturbedürftigen Bodenbelags auf dem gesamten Platz, unter dem Pavillon und in der um den Platz führenden Fußgängerzone,
- b.) eine Schranke oder andere adäquate Regulierungsvorrichtung, um den Verkehr vom Vaihinger Markt fernzuhalten,
- c.) die Renovierung bzw. Erneuerung von Sitzgelegenheiten und Entfernung der bestehenden Pflanztröge,
- d.) ein Wasseranschluss in städtischer Verantwortung für Veranstaltungen auf dem Vaihinger Markt,
- e.) eine barrierefreie öffentliche Toilette,
- f.) die Umsetzung eines Beleuchtungskonzepts,
- g.) ein geeigneter Regenabfluss für den dort bereits bestehenden Pavillon inklusive seiner Dachreparatur,
- h.) weitere Kurzzeitparkplätze.
- 2. Die Verwaltung entwickelt mindestens vom Schillerplatz bis zur SchwabenGalerie, Kreuzung Seerosenstraße zeitnah ein Verkehrskonzept zur Umgestaltung der Hauptstraße. Dabei sollen insbesondere die Bedürfnisse des ÖPNV, der Fußgehenden und Radfahrenden sowie der Aufenthalts-/ Lebensqualität im Vordergrund stehen.
- 3. Die Verwaltung soll das weitere Vorgehen für das gesamte Sanierungsgebiet (Bahnhof bis Alte Kelter), welches für die Zukunft Vaihingens im Rahmen der umfangreichen Weiterentwicklung von relevanter Bedeutung ist, aufzeigen.

4. Es wird hierzu im April im Bezirksbeirat Vaihingen sowie im Mai im zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik berichtet.

#### Antrag Nr. 129/2022 vom 14.04.2022 Strukturelle Hilfe für Stuttgarter Sportvereine auch 2022

Das Schreiben der acht großen Stuttgarter Sportvereine vom 1. April 2022 sowie die Stellungnahme des Sportkreis Stuttgart vom 4. April 2022 machen deutlich, dass die Corona-Pandemie den Sportvereinen nach wie vor in erheblichem Maße zusetzt. Die in der Pandemie verlorenen Mitglieder konnten nach wie vor nicht wieder zurückgewonnen werden. Weniger Mitglieder bedeuten für die Vereine weniger Einnahmen. Der für 2022 erhoffte Aufschwung blieb vor allem im Erwachsenenbereich aufgrund von Omikron aus. Gesundheitsangebote, Rehasport und Präventionskurse sind besonders betroffen. Hinzu kommen nun die steigenden Energiekosten - sowohl für die Liegenschaften der Vereine als auch bei den Fahrtkosten für Wettkämpfe und Lehrgänge. Die unterzeichnenden Fraktionen und Fraktionsgemeinschaften wissen, was die Stadt Stuttgart und die gesamte Stadtgesellschaft an den Stuttgarter Sportvereinen hat. Und wir wissen zu schätzen, was für eine hervorragende Arbeit die Vereine in den letzten Jahren unter schwierigen Bedingungen geleistet haben.

Wir bitten daher die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie beurteilt sie die aktuelle Mitgliederentwicklung der Stuttgarter Sportvereine?
- 2. Wie schätzt sie die bestehenden und in Zukunft weiter zu erwartenden finanziellen Herausforderungen ein?
  3. Welche Maßnahmen von Seiten der Stadt werden vorgeschlagen, um die Stuttgarter Sportvereine weiter gut durch die Krise zu bringen?

#### Antrag Nr. 136/2022 vom 29.04.2022 Neustrukturierung Areal Hauptfeuerwache 3 in Stuttgart: Vorstellung des zugesagten Prüfungsberichts

Mit dem interfraktionellen Antrag 1364/2021 vom 26.11.2021 haben wir erfolgreich beantragt, dass die Gemeinderatsdrucksache 780/2021 "Neustrukturierung Areal Hauptfeuerwache 3 in Stuttgart-Bad Cannstatt, 1. Bauabschnitt, Neubau Integrierte Leitstelle" mit einer Beschlussziffer 6 ergänzt wird, um die Terminschiene abzusichern und Sicherheitsrisiken zu vermeiden. Ein wesentlicher Bestandteil des Antrags ist zudem, die Ergebnisse dieser Prüfung so rasch wie möglich von Referat SOS den gemeinderätlichen Gremien mitzuteilen. In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Technik am 30.11.2021 bestätigte BM Dr. Maier den Antragsstellern laut Protokoll, dass die "Planungen [...] daher so gut wie möglich unter Berücksichtigung der baurechtlichen Seite

vorgenommen werden [müssten], sodass mit Abschluss der Planungen möglichst zügig mit dem Bau begonnen werden könne. Es werde in den nächsten Wochen und Monaten mit dem Baurechtsamt eine Zeitschiene erarbeitet, wie beides parallel ablaufen könne. Danach sagt er weitere Berichte nach Klarstellung der offenen Punkte zu." 5 Monate später bitten wir nun um Berichterstattung der noch offenen und beantragten Punkte.

Wir beantragen daher: Die Verwaltung berichtet in einer der nächsten Sitzungen des STAs und/oder WAs – spätestens aber am 17. Mai – über den aktuellen Sachstand des Prüfungsberichts.

#### Antrag Nr. 140/2022 vom 27.04.2022 Gebäudesituation Ausländerbehörde und Kfz-Zulassungs- und Führerscheinstelle

Begründung: Wir nehmen Bezug auf unsere Haushaltanträge 1006/2021 und 1012/2021 sowie den interfraktionellen Haushaltsantrag 1385/2021 zur Gebäudesituation der Ausländerbehörde und der Kfz-Zulassungs- und Führerscheinstelle. In den Doppelhaushaltsplanberatungen 2022/2023 wurde die Verwaltung vom Gemeinderat beauftragt, bis Anfang des Jahres zum Sachstand bezüglich der Gebäudesituation der Ausländerbehörde und der Kfz-Zulassungsund Führerscheinstelle zu berichten, dies insbesondere im Hinblick auf den Neubau in der Leitzstraße 4. Es ist nun bereits fast Mitte des Jahres, ohne dass seitens der Verwaltung eine Stellungnahme vorläge. Nachdem die Angelegenheit sich nunmehr seit Jahren hinzieht, sind wir nicht mehr bereit weitere Verzögerungen hinzunehmen.

Wir beantragen daher: Die Verwaltung berichtet in einem der nächsten beiden Sitzungen des Verwaltungsausschusses zum Sachstand zur Gebäudesituation der Ausländerbehörde und der Kfz-Zulassungs- und Führerscheinstelle.

#### Antrag Nr. 142/2022 vom 28.04.2022 Vermieterbestätigung bei ukrainischen Geflüchteten, die privat untergekommen sind

Viele ukrainische Geflüchtete sind bei Verwandten und Bekannten untergekommen, die selbst in Miete wohnen, ohne dass zwischen dem Vermieter und den Geflüchteten ein Mietverhältnis begründet wurde. Die grundsätzlich erforderliche Vermieterbescheinigung bei der Erstanmeldung kann von den ukrainischen Geflüchteten, die privat untergekommen sind, insoweit nicht ohne Weiteres vorgelegt werden, da ein Mietverhältnis zwischen Vermieter und Geflüchteten in aller Regel gar nicht gegründet wurde. In diesen Fällen wird von der Verwaltung gefordert, dass der Vermieter der Mietwohnung bestätigt, dass die Geflüchteten, neben den eigentlichen Mietern, ebenfalls in der Mietwohnung wohnen, was insgesamt zu großen Verzögerungen bzw. Problemen bei der Erstanmeldung führt, wenn der Vermieter nicht oder nicht zeitnah die erforderliche

Bestätigung ausfüllt, mit der Folge, dass dringend benötigte Leistungen von den ukrainischen Geflüchteten u.a. nicht, oder nur verzögert beantragt werden können.

Zurückzuführen ist dies auf § 19 Bundesmeldegesetz, der besagt:§ 19 Mitwirkung des Wohnungsgebers

- (1) Der Wohnungsgeber ist verpflichtet, bei der Anmeldung mitzuwirken. Hierzu hat der Wohnungsgeber oder eine von ihm beauftragte Person der meldepflichtigen Person den Einzug schriftlich oder gegenüber der Meldebehörde nach Absatz 4 auch elektronisch innerhalb der in § 17 Absatz 1 genannten Frist zu bestätigen. Er kann sich durch Rückfrage bei der Meldebehörde davon überzeugen, dass sich die meldepflichtige Person angemeldet hat. Die meldepflichtige Person hat dem Wohnungsgeber die Auskünfte zu geben, die für die Bestätigung des Einzugs erforderlich sind. Die Bestätigung nach Satz 2 darf nur vom Wohnungsgeber oder einer von ihm beauftragten Person ausgestellt werden.
- (2) Verweigert der Wohnungsgeber oder eine von ihm beauftragte Person die Bestätigung oder erhält die meldepflichtige Person sie aus anderen Gründen nicht rechtzeitig, so hat die meldepflichtige Person dies der Meldebehörde unverzüglich mitzuteilen.

Wir beantragen daher: Die Verwaltung erstattet einen mündlichen Bericht in der nächsten Sitzung des Sozialund Gesundheitsausschusses zu den Fragen:

- 1. Gibt es rechtliche Möglichkeiten, für eine begrenzte Zeit Ausnahmen zu § 19 Bundesmeldegesetz zu machen?
- 2. Welche sonstigen Möglichkeiten sieht die Verwaltung, hier Abhilfe zu schaffen, wenn diese Ausnahmeregelung nicht möglich ist, um es den ukrainischen Geflüchteten zu ermöglichen, dringend benötigte Leistungen auch in solchen Fällen der privaten Unterkunft sogleich beantragen zu können?

#### Antrag Nr. 145/2022 vom 02.05.2022 Eine sichere Innenstadt ohne Videoüberwachung und ohne pauschale Verbote Änderungsantrag zu GRDrs 224/2022

Wir beantragen, der Gemeinderat möge folgende Ergänzungen für die interdisziplinäre Erarbeitung des Konzepts "Bespielung öffentlicher Flächen für eine sichere Innenstadt" GRDrs 224/2022 beschließen:

- 1. Eine Ausweitung und Intensivierung der mobilen Jugendarbeit/Street Work
- 2. Die Ausweisung von mehr öffentlichen Räumen für Jugendliche, die von den Jugendlichen selbst bespielt und gestaltet werden können.
- 3. Eine Befragung und Untersuchung, welche Angebote junge Frauen brauchen, um die Innenstadt als attraktiven und

sicheren Ausgehort wahrzunehmen und anzunehmen.

- 4. Eine Stärkung der Kriminalprävention auf dem Cannstatter Wasen (anlässlich von Frühlingsfest und Volksfest), um sexuelle Übergriffe gegen Frauen und Schlägereien besser aufzuklären bzw. zu verhindern.
- 5. Die Stadt setzt sich beim Land dafür ein, auf eine den Erlass einer Messerverbotszone oder Waffenverbotszone in Stuttgart zu verzichten.
- 6. Mehr Mülleimer in der Innenstadt Wir beantragen, der Gemeinderat möge beschließen, folgende Punkte aus der GRDrs 224/2022 unter IV Ordnungspolitische Maßnahmen (Seite 3) ersatzlos zu streichen:
- 7. Videobeobachtung
- 8. Alkoholkonsumverbot
- 9. Verweilverbot
- 10. Aufenthaltsverbot

Begründung: Wir setzen uns für ein sicheres und positives Miteinander im öffentlichen Raum ein. Bei der Frage der Sicherheit hilft grundsätzlich ein Blick in die polizeiliche Kriminalstatistik für Stuttgart aus dem Jahr 2021. Der Trend ist sehr deutlich: Zahl der Straftaten ist seit Jahren rückläufig. Die Zahl Rohheitsdelikte, also Delikte, die sich "(...) aus einer Mensch-Mensch-Konfrontation ergeben, unter anderem Raubdelikte, Körperverletzungen, Nötigungen und Bedrohungen" (Polizeiliche Kriminalitätsstatistik Stuttgart, S. 26) ist zwischen den Jahren 2020 und 2021 um 1.421 Taten gesunken, was einem Rückgang von 17 Prozent entspricht. Auch im Vergleich zum 10-Jahres-Durchschnitt ist das Jahr 2021 mit einem deutlichen Rückgang an Straftaten in der Statistik zu finden (S. 27). Im Speziellen ist die Zahl der Körperverletzungsdelikte welche auf Straßen/Wegen/Plätzen begangen wurden zwischen dem Jahr 2020 und 2021 deutlich gesunken. Von 922 solcher Straftaten im Jahr 2020 sank die Zahl dieser Taten im Jahr 2021 auf 666, was einem prozentualen Rückgang von rund 28 Prozent entspricht.

Im Lichte dieser Zahlen ist eine Verschärfung der ordnungsrechtlichen Maßnahmen unangemessen, überzogen und nicht vermittelbar. Politik mit Gefühlen und nicht mit Fakten zu machen, kann eine gefährliche Dynamik mit sich bringen. Deshalb liegt es an allen Beteiligten, nicht mit Ängsten zu arbeiten, sondern mit Aufklärung und Objektivität. Anstelle von weiteren repressiven Maßnahmen setzen wir uns dafür ein, die erfolgreiche, wertvolle und wichtige mobile Jugendarbeit weiter zu stärken und auszubauen. Zudem sehen wir die Notwendigkeit, Konzepte und Maßnahmen zu entwickeln, wie die Innenstadt für Frauen zu einem attraktiveren Ausgehort werden kann. Sexuelle Übergriffe gegen Frauen und Schlägereien auf dem Cannstatter Wasen (anlässlich von Frühlingsfest und Volksfest) sind seit Jahren ein Problem, die aber bislang mit keinem Wort bei der interdisziplinären Erarbeitung des Konzepts zur Bespielung öffentlicher Flächen für eine sichere Innenstadt genannt werden. Hier erwarten wir, dass in dem Konzept auch wirksame Maßnahmen formuliert werden, um die Zahl der Straftaten im Zusammenhang mit den großen, für viele Besucher:innen sehr alkohollastigen Veranstaltungen auf dem Wasen zu reduzieren und besser aufzuklären.

Pauschale Verbote, Videoüberwachung und massive Polizeipräsenz setzen das Zeichen, dass bestimmte Gruppen von Jugendlichen und jungen Menschen in Stuttgart unerwünscht sind. Das wollen wir ändern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es keine Videoüberwachung – auch keine "Videobeobachtung" wie es in der GRDrs 224/2022 heißt – gibt. Insbesondere anlasslose Videoüberwachung ist ein massiver Eingriff in das Persönlichkeitsrecht. Zudem gibt es keine Nachweise, dass durch Videoüberwachung die Kriminalität sinkt. Der Europäische Datenschutzausschuss hat zudem klar zum Ausdruck gebracht, dass Videoüberwachung auf das absolute Minimum zu beschränken ist und öffentliche Stellen sie nicht routinemäßig in ihrem Aufgabenbereich machen dürfen.

Eine Messerverbotszone oder auch Waffenverbotszone, die in den Medien diskutiert wird, lehnen wir ab. Wir fordern das Land auf, eine solche Verbotszone nicht zu erlassen. Aus unserer Sicht besteht die Gefahr, dass die Zahl der anlasslosen Körperkontrollen mit einer solchen Verbotszone stark ansteigt. Hier besteht die Gefahr, dass sich durch Körperkontrollen das ohnehin angespannte Verhältnis vieler junger Menschen zur Polizei weiter verschlechtert. Zudem sind Körperkontrollen auch oft Auslöser für Aggressionen, weil die zu kontrollierenden Personen auch an intimen Stellen ihres Körpers berührt werden. Mit pauschalen Alkohol- Aufenthalts- und Verweilverboten kann man aus unserer Sicht gesellschaftliche Probleme nicht lösen. Diese führen nur zu Verdrängungsprozessen und zur Verlagerung an andere Orte. Deswegen können solche Verbote keinen wirksamen, nachhaltigen und wirkungsvollen Beitrag zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit in der Innenstadt sein. Eine gute Prävention ist immer besser als ein Verbot.

#### Antrag Nr. 149/2022 vom 04.05.2022 Vorstellung des Hauses der Familie e.V. im Beirat für Menschen mit Behinderung

Das Haus der Familie e.V. ist ein freier, gemeinnütziger kirchlicher Träger, der vielfältige Angebote für Familien aber auch Einzelpersonen hat. Einer der Schwerpunkte des Hauses der Familie ist die Inklusionsarbeit, wie z.B. das Inklusionsprojekt "Einfach Wissen – Neues lernen in leicht verständlicher Sprache" das Veranstaltungen in leicht verständlicher Sprache für Menschen mit und ohne Behinderung und Menschen mit psychischer Erkrankung anbietet. Wir Freien Demokraten erachten es für wichtig, dass sich das Haus der Familie im Beirat für Menschen mit Behinderung vorstellt und beantragen daher: Die Geschäftsführerinnen vom Haus der Familie, Frau Sabine Antesz und Frau Corinna Wirth, werden zu einem der nächsten Sitzungen

des Beirats für Menschen mit Behinderung eingeladen, um die Arbeit ihres Vereins, vor allem im Hinblick auf ihre Inklusionsarbeit, vorzustellen.

#### Antrag Nr. 157/2022 vom 13.05.2022 Schulentwicklung in Stuttgart-Ost: Wie soll es vor allem am Standort Ostheim weitergehen?

In den vergangenen Jahren gab es mehrfach gemeinsame Initiativen von Gemeinderatsfraktionen, die sich mit der Zukunft des Schulstandorts Ostheim beschäftigt haben. Aktuell ist die Situation von Grundschule, Werkrealschule und Realschule durch eine große Raumnot geprägt. Das Mittagessen muss zum Beispiel sehr hektisch, in eng getakteten Schichten und in eigentlich nicht dafür vorgesehenen Räumlichkeiten bewältigt werden. Damit für den Schulstandort bzw. für die Schülerinnen und Schüler aus Ostheim eine gute Zukunft jetzt angegangen werden kann, sind Entscheidungen über grundsätzliche Weichenstellungen erforderlich – auch vor dem Hintergrund von Plänen für eine neue Grundschule am Stöckach. Zu entscheiden ist u.a. über die Frage der Zukunft des Schülerhauses (Ganztagsschule?) und über die richtige Schulart (Status Quo, Gemeinschaftsschule, Verbundschulmöglichkeiten?). Voraussetzung für eine gute Entscheidung ist eine Beteiligung der Schulgemeinden und eine transparente Darstellung der Vor- und Nachteile verschiedener Handlungsoptionen.

#### Wir beantragen deshalb:

- 1. Die Verwaltung berichtet in der kommenden Sitzung des Unterausschusses Sanierungsprogramm Schulen und Schulentwicklungsplanung des Verwaltungsausschusses oder alternativ in einer Sitzung des Verwaltungsausschusses vor den Pfingstferien über die aktuelle Situation im Planungsbezirk Mitte, mit besonderem Blick auf den Stadtbezirk Stuttgart-Ost bzw. den Schulstandort Ostheim.
- 2. Die Verwaltung macht im Rahmen des genannten Berichts einen konkreten Vorschlag, wie bis Jahresende eine Entscheidung über grundsätzliche Weichenstellungen für den Schulstandort Ostheim bzw. für den Stadtbezirk Stuttgart-Ost herbeigeführt werden kann.

#### Antrag Nr. 159/2022 vom 13.05.2022 Messerverbotszone Innenstadt

Wir nehmen u.a. Bezug auf den Bericht bzw. Lagebericht des Vize-Polizeipräsidenten von Stuttgart Markus Eisenbraun in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 04.05.2022. Er berichtete, dass in dem Jahreszeitraum von März 2021 bis März 2022 insgesamt 1048 Fälle mit dem Tatmittel Messer gezählt worden seien, wovon ca. ¼ (somit rechnerisch ca. 250) auf die Stuttgarter Stadtviertel Neue Vorstadt, Oberer Schlossgarten, Rathaus und Hauptbahnhof entfielen. Der Antwort des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg

vom 08.03.2022 auf eine Anfrage der FDP-Fraktion lassen sich allerdings genau für die oben genannten Stadtviertel im Hinblick auf die erfassten Fälle mit dem Tatmittel Messer für die Jahre 2017–2021 folgende Zahlen entnehmen, was einen Fünfjahrestiefstwert darstellt: 2017: 53, 2018: 61, 2019: 59, 2020: 78, 2021: 50, statt der vom Vize-Polizeipräsidenten genannten 250 Fälle.

Die uns im Verwaltungsausschuss präsentierten Zahlen weisen insoweit nicht nur eine große Diskrepanz zu den Zahlen des Innenministeriums auf, sondern sind auch in Teilen nicht aussagekräftig, um eine Messerverbotszone zu begründen, insbesondere da Fälle z.B. von häuslicher Gewalt u.a. nicht gesondert aufgeführt sind, bei denen eine Messerverbotszone keinerlei Auswirkungen hätte. Der ergänzende Bericht des Vize-Polizeipräsidenten im Jugendhilfeausschuss vom 09.05.2022, dem man entnehmen konnte, dass in der genannten Zahl von 1048 auch Fälle genannt worden seien, in denen eine Drohung mit dem Gebrauch eines Messers erfolgte, oder - auch legal - ein Messer mitgeführt worden sei, ist mehr als unbefriedigend. Des Weiteren wurden, sowohl vom Oberbürgermeister Dr. Nopper, als auch vom Vize-Polizeipräsidenten eine Messerverbotszone u.a. auch damit begründet, dass die Zahlen der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in etwa gleich hoch geblieben seien. Diese betrugen, zumindest nach den Zahlen des Innenministeriums, in den oben genannten Stadtvierteln wie folgt: 2017: 51, 2018: 72, 2019: 71, 2020: 76, 2021: 71.

Zu den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung gehören allerdings auch Straftaten wie z.B. Internetpornografie oder auch Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, die nicht im öffentlichen Raum, sondern z.B. bei häuslicher Gewalt erfolgt sind. Auch hier würde eine Messerverbotszone schlicht keinerlei Auswirkungen haben.

Wir beantragen daher: Die Verwaltung berichtet in einer der nächsten Sitzungen des Verwaltungsausschusses zu folgenden Punkten, jeweils aufgeschlüsselt im Hinblick auf die Gesamtstadt sowie die Stuttgarter Stadtviertel Neue Vorstadt, Oberer Schlossgarten, Rathaus und Hauptbahnhof:

1. Zu den vom Vize-Polizeipräsidenten präsentierten Zahlen zu den "Messerdelikten":

- a) Wie viele davon betreffen häusliche Gewalt?
- b) Wie viele Messer wurden hierbei tatsächlich im öffentlichen Raum mitgeführt und wie hoch war die Zahl der illegal, bzw. legal mit sich geführten Messer?
- c) Wie hoch ist die Zahl der Fälle, in denen im öffentlichen Raum "lediglich" mit dem Gebrauch eines Messers gedroht wurde, ohne dass ein Messer tatsächlich zum Einsatz kam?
- 2. Sexualstraftaten:
- a) Wie hoch ist die Zahl der Sexualstraftaten im öffentlichen Raum?

- b) Wie hoch ist die Zahl der strafbaren Internetpornografie in den genannten Zahlen der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung?
- c) Wie hoch ist die Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, die in Beziehungen oder im Rahmen häuslicher Gewalt ausgeübt wurden?
- 3. An welchen Wochentagen und zu welchen Uhrzeiten werden, aufgeschlüsselt nach Deliktarten, die meisten Straftaten im öffentlichen Raum, insbesondere in den Stuttgarter Stadtvierteln Neue Vorstadt, Oberer Schlossgarten, Rathaus und Hauptbahnhof, begangen?
- 4. Welche Erfahrungen gibt es zu den Auswirkungen der Einführung von Waffen- bzw. Messerverbotszonen in anderen Städten?

#### Antrag Nr. 166/2022 vom 09.05.2022 Sachstand Neubau Kfz-Zulassungs- und Führerscheinstelle

In den Beratungen zum Doppelhaushalt 2022/2023 wurde sehr deutlich, dass es dem Ge- meinderat fraktionsübergreifend außerordentlich wichtig ist, die seit Jahren unzureichende bauliche und räumliche Situation der Kfz-Zulassungs- und Führerscheinstelle zu verbessern. Das Gebäude, die Arbeitsplätze und die Technik sind veraltet, der Geräuschpegel in den Großraumbüros erschwert konzentriertes Arbeiten, es geht beengt zu und eine gezielte Besucher-/Kundenführung ist nicht möglich. All das behindert die Betriebsabläufe in den beiden Behörden. Ergebnis einer ausführlichen Debatte in den Haushaltsplanberatungen war, dass der Ge- meinderat wenig davon hält, das Bestandsgebäude der Kfz-Zulassungs- und Führerschein- stelle an der Krailenshaldenstraße zu sanieren. In den Reihen des Rates ist man sich da- rüber einig, dass ein Neubau die bessere Variante ist, zumal in einem solchen auch noch die Ausländerbehörde sowie das Sachgebiet Flüchtlinge Platz finden könnten, die eben- falls neue Räumlichkeiten benötigen.

Mit seinem interfraktionellen Haushaltsantrag Nr. 1385/2021 hat der Gemeinderat diese Haltung bekräftigt und die Stadtverwaltung damit beauftragt, ihre bisherigen Planungen um entsprechende Neubau-Varianten am heutigen Standort und auf dem Grundstück Leitzstraße 4 zu erweitern. Gleichzeitig wurde die Verwaltung damit beauftragt, dem Gemeinderat im ersten Quartal 2022 eine Beschlussvorlage zur Entscheidung über das weitere Vorgehen vorzulegen. Bedauerlicherweise ist dies bis heute nicht geschehen.

#### Wir beantragen:

1. Die Stadtverwaltung berichtet zeitnah im Verwaltungsausschuss und Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen über die Schritte, die sie seit den Haushalts- planberatungen

- unternommen hat. Dabei geht die Verwaltung auf folgende Fragen besonders ein:
- a) Gibt es mittlerweile Überlegungen/Planungen/Planskizzen/Studien für die beiden im interfraktionellen Haushaltsantrag Nr. 1385/2021 vorgeschlagenen und geforderten Neubau-Varianten?
- b) Wie ist der Sachstand der Gespräche mit den Grundstücks-/Immobilieneigentümern an der Krailenshaldenstraße und an der Leitzstraße?
- c) Welche Lösung wird für die Ausländerbehörde mit ihren Dienststellen Schwabenzentrum und Jägerstraße angestrebt?
- 2. Wenn in Bezug auf eine mögliche Neubau-Variante am Standort Krailenshaldenstraße (TÜV-Grundstück) innerhalb der nächsten zwei Monate (bis Mitte Juli) keine Lösung mit dem Grundstücks-/Immobilieneigentümer gefunden werden kann, wird ausschließlich die Neubau-Variante an der Leitzstraße weiterverfolgt. Spätestens zu diesem Zeitpunkt ist dem Gemeinderat die bereits in Haushaltsantrag Nr. 1385/2021 geforderte Beschlussvorlage vorzulegen.

#### Antrag Nr. 168/2022 vom 19.05.2022 Erweiterung des Hauses des Jugendrechts

Im Haus des Jugendrechts gehen Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendamt und Amtsgericht gemeinsam neue Wege im Umgang mit der Jugenddelinquenz. Die beteiligten Akteure leisten so einen wichtigen Beitrag zur sozialen Förderung junger Menschen, mit dem Ziel, sie vor weiterem Fehlverhalten zu bewahren. Nach der Krawallnacht am 20.06.2020 wurde von vielen Fraktionen gefordert, die Zuständigkeiten des Hauses des Jugendrechts, die bislang für die Bezirke Bad Cannstatt, Münster, Weilimdorf, Feuerbach, Zuffenhausen, Stammheim, Mühlhausen, Untertürkheim und Obertürkheim bestehen, auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten.

Nun sind seither fast zwei Jahre vergangen und die Situation in der Innenstadt – vor allem auf dem Kleinen Schlossplatz – ist nach wie vor angespannt, weshalb die Verwaltung gemeinsam mit dem Polizeipräsidium Stuttgart die "Konzeption für eine sichere Innenstadt 2022" erarbeitet hat. Das Gesamtkonzept beinhaltet Maßnahmen wie z.B. die Bespielung und die Belebung des Innenstadtbereichs bis hin zur Videoüberwachung. Was wir dem Gesamtkonzept aber nicht entnehmen können, ist die Einbeziehung bzw. die gesamtstädtische Erweiterung der Zuständigkeiten des Hauses des Jugendrechts.

Wir erachten die Erweiterung der Zuständigkeiten des Hauses des Jugendrechts auf das gesamte Stadtgebiet hierbei jedoch als einen wichtigen Baustein und beantragen daher:

 Die Verwaltung berichtet zeitnah im zuständigen Ausschuss zur möglichen Erweiterung der Zuständigkeiten des Hauses des Jugendrechts auf das gesamte Stadtgebiet, bzw. über eventuell geplante, mögliche weitere Standorte. Wie sind die Überlegungen der Verwaltung bei diesem Thema? Wie ist der Sachstand?

2. Die Verwaltung prüft, inwieweit das Haus des Jugendrechts in das Gesamtkonzept "Konzeption für eine sichere Innenstadt 2022" integriert werden kann.

#### Antrag Nr. 172/2022 vom 20.05.2022 Städtebauliche Ziele und Vorgaben gelten – Auch für die Eberhardstraße 28/Steinstraße 4

Mit der GRDrs 268/2022 wurde der Gemeinderat über den Stand der Vergleichsverhandlungen mit der SIGNA-Gruppe bezüglich des beim Verwaltungsgericht Stuttgart anhängigen Rechtsstreits über die Ausübung des Vorkaufsrechts an den Grundstücken Eberhardstraße 28/Steinstraße 4 in Stuttgart-Mitte informiert. Die Bauvorhaben liegen im Sanierungsgebiet Stuttgart 27. Doch das Ergebnis entspricht zu großen Teilen nicht den für das Sanierungsgebiet festgelegten städtebaulichen Zielen.

Im Sinne der Sanierungsziele und damit im Sinne der Stadt in Hinblick auf eine nachhaltige Stärkung und Entwicklung der City sowie einer Aufwertung des öffentlichen Raums ist eine Durchmischung unterschiedlicher Nutzungen, mit Büro- und Handelsflächen, mit Wohnen, mit kulturellen und sozialen Angeboten sowie Angeboten der Freizeitgestaltung in der Innenstadt. Das gilt damit auch für die Bauprojekte Eberhardstraße 28/Steinstraße 4. Daher war die Sicherstellung der städtebaulichen Ziele auch die Grundlage für die Ausübung des Vorkaufsrechts durch die Stadt Stuttgart.

Eines der wichtigsten Sanierungsziele sind die Stabilisierung und Stärkung der Einzelhandelsfunktion und der gemischten Nutzung zur Vermeidung eines Funktionsverlusts des Gebiets. Insbesondere die angedachte Entwicklung der Eberhardstraße 28 als Verwaltungsgebäude der Deutschen Bundesbank mit nur in den Erdgeschossebenen vorgesehenen Handelsflächen trägt weder zur Belebung des Quartiers, noch zu einer substantiellen Aufwertung des öffentlichen Raums oder zu einer ausreichenden Nahversorgung bei. Eine hauptsächliche Nutzung durch eine nach außen abgeschottete Institution steht damit nicht in Einklang mit den Sanierungszielen.

Zudem soll der Investor aufgrund von Raumbedarfen und Sicherheitsinteressen des angedachten Mieters, der Deutschen Bundesbank, komplett von der in den Sanierungszielen festgelegten Schaffung bezahlbaren Wohnraums für untere und mittlere Einkommensbezieher befreit werden. Neben der Missachtung der Sanierungsziele würde ein Verzicht auf Wohnungsbau aber auch die Beschlüsse zum Stuttgarter Innenentwicklungsmodell sowie zum Innenstadtkonzept unterlaufen.

Denn da für beide Projekte ein neues Planrecht benötigt wird, ist laut SIM bei der Schaffung neuer Geschossflächen in Mischgebieten ein Wohnanteil von mindestens 20% der neu geschaffenen Bruttogeschossfläche vertraglich zu sichern. Falls beide Grundstücke getrennt voneinander entwickelt werden sollten, lösen beide unabhängig voneinander einen Mindestwohnanteil von 20% aus. Die GRDrs 268/2022 und insbesondere Beschlussziffer 2.c) mit einem vollständigen, kompensationslosen Verzicht auf dieses städtebauliche Ziel sowie auf die Erfüllung der Vorgaben des SIM steht damit im Widerspruch zur geltenden Beschlusslage und würde einen Präzedenzfall schaffen, der eine zentrale Bestimmung des SIM aushebelt.

Auch das Sanierungsziel einer Aufwertung der urbanen Aufenthaltsqualität sowie einer Neuorganisation der Verkehrsflächen und Zufahrtswege ist in der Vorlage nicht ausreichend berücksichtigt. Dagegen soll die Baulast der LKW-Zufahrt komplett auf dem Grundstück Steinstraße 4 liegen, was die EG-Nutzung stark einschränken und zu einem sehr hohen Anteil von Verkehrsflächen innerhalb des Gebäudes führen würde. Die technischen Abhängigkeiten sind nicht gelöst und bauliche Abhängigkeiten zwischen beiden Grundstücken nicht beseitigt, wodurch beide Teilprojekte nicht unabhängig voneinander bebaubar und nutzbar sind. Dazu kommt, dass die vorgesehenen Stellplätze voraussichtlich nicht für eine Versammlungsstätte wie in der Steinstraße 4 angedacht ausreichen sowie gegenüberliegende schutzwürdige Immissionsorte zu stark eingeschränkten Betriebszeiten und fehlender Bespielmöglichkeiten im Außenbereich führen würden. Die angedachte Aufteilung der Grundstücke und die Verteilung der jeweiligen Nutzungen entsprechen damit nicht der Umsetzung der städtebaulichen Ziele und der Sicherung städtischer Interessen in diesem Bereich.

#### Daher beantragen wir:

- 1. Die Landeshauptstadt Stuttgart hält weiterhin an ihren städtebaulichen Zielen für das Gebiet sowie an den Beschlüssen des Stuttgarter Innenentwicklungsmodells fest. Diese gelten auch für die Objekte Eberhardstraße 28/Steinstraße 4.
- 2. Über die in der GRDrs 268/2022 genannte Alternative wird daher nicht weiterverhandelt. Das vorgestellte Ergebnis der Vergleichsverhandlungen entspricht weder den städtebaulichen Zielen noch den Vorgaben des SIM und ist daher nicht zur Beilegung des beim Verwaltungsgericht Stuttgart anhängigen Rechtsstreits bezüglich des städtischen Vorkaufsrechts geeignet. Die Verwaltung übermittelt daher der Signa Real Estate Management GmbH/Stuttgart, Eberhardstraße 28 Immobilien GmbH & Co. KG, dass es auf Grundlage der Inhalte der Vorlage zu keinem Vergleich kommen kann, der das Verfahren zur Ausübung des Vorkaufsrechts beenden könnte.

3.Die Stadt ermittelt umgehend die städtischen Bedarfe, insbesondere auch im kulturellen und sozialen Bereich sowie der Freizeitgestaltung (insbesondere das Haus der Kulturen und weitere wie ein Haus der Jugend oder ein Regenbogenhaus) und stellt dar, welche dieser Nutzungen sowohl mit den grundlegenden städtebaulichen Zielen wie einer Stärkung des Einzelhandels, mit innenstadtkompatiblem Wohnen (auch innovativen Wohnformen) und einer Aufwertung und Belebung des öffentlichen Raums als auch mit den im Gebiet vorhandenen schutzwürdigen Immissionsorten und baurechtlichen Vorgaben vereinbar sind und auf den Grundstücken Steinstraße 4 und vor allem auch der Eberhardstraße 28 sinnvoll verortet und bedarfsgerecht abgedeckt werden könnten.

4. Die anwaltliche Stellungnahme vom 03.08.2020 der Rechtsanwaltskanzlei Menold Bezler zu der Widerspruchsbegründung der Käuferin (Eberhardstraße 28 Immobilien GmbH&Co.KG) bezüglich der Vorkaufsrechtsausübung durch die Stadt wird im kommenden Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen vorgestellt. Die Verwaltung wird zudem beauftragt eine aktualisierte Stellungnahme bezüglich der Aussichten bei einer Wiederaufnahme des Rechtsstreits, auch in Hinblick auf die jetzigen Planungen der Signa Real Estate Management GmbH/Stuttgart, Eberhardstraße 28 Immobilien GmbH & Co. KG, einzuholen und vorzustellen.

#### Antrag Nr. 186/2022 vom 07.06.2022 Für ein buntes und vielfältiges Leonhardsviertel

Seit Jahren wird über die Zukunft des Leonhardsviertels diskutiert. Zuletzt wurde von der Fachverwaltung eine Beschlussfassung zu einem neuen Bebauungsplan für einen kleinen Teil des Leonhardsviertels vorgestellt, die eine Veränderung mit dem Schwerpunkt Wohnnutzung vorsieht und auf eine Neuregelung der dortigen aktuellen anderen Nutzungen abzielt. Nach Vorstellung der Verwaltung ist aus der Vorlage (GRDrs 840/2021) zu entnehmen, dass es ein Verbot von Vergnügungsstätten wie Bordellen, bordellartigen Betrieben und Wettbüros im Bereich geben soll. Im weitaus größeren Teil des Leonhardsviertels ist dies bereits bisher verboten.

Da es zu dieser Änderung sehr unterschiedliche Meinungen gibt, wurde auf Wunsch des Bezirksbeirats Mitte zu diesem Thema ein "runder Tisch" mit Anwohnerinnen und Anwohnern, Gewerbetreibenden, Verwaltung, Politik und sozialen Einrichtungen einberufen. Dabei wurde mit großer Mehrheit nochmals zum Ausdruck gebracht, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner sowie Anlieger des Viertels gegen ein reines Wohnquartier aussprechen, sondern gerade für eine Zukunft mit "Rotlicht" im heutigen Umfang und mit Vergnügungseinrichtungen. Eine große Anzahl der Bürgerinnen und Bürger befürchtet sonst eine Gentrifizierung des Viertels und eine Verdrängung der bisherigen Mieter in deren Wohnungen mit eher niederen Mieten. Ebenso gibt

es allerdings auch große Bedenken gegen die Zulassung und Ausweitung von Clubs und Bars.

Mit diesem interfraktionellen Antrag wollen wir klar zum Ausdruck bringen, dass wir den von der Verwaltung bisher vorgeschlagenen Veränderungen in der Nutzungsmischung des Leonhardsviertels nicht zustimmen wollen, da noch großer Klärungsbedarf besteht. Wir sind uns einig, dass keine weiteren Bordellbetriebe hinzukommen dürfen. In der jetzigen Struktur gibt es jedoch nach Auskunft des Gesundheitsamtes eine bessere Erreichbarkeit der Prostituierten und einen deutlich besseren Zugang zu Hilfestrukturen.

Gerade die sozialen Beratungseinrichtungen für Prostituierte haben intensiv darauf hingewiesen, dass eine erfolgreiche Betreuung am besten bei einer gewissen Zentralisierung im Leonhardsviertel umgesetzt werden kann. Bevor solche Strukturen zerstört werden und es unter Umständen zu einer Verlagerung in die Illegalität und in die Stadtbezirke kommt, wollen wir verschiedene Aspekte eines möglichen Verbotes abklären. Zudem appellieren wir für ein weiteres Beteiligungsverfahren, das die Interessen aller Anwohnerinnen und Anwohner sowie Anlieger besser berücksichtigt.

Darüber hinaus ergeben sich für uns auf dem Weg zu einer Entscheidung noch Fragen an die Stadtverwaltung, um deren Beantwortung wir hiermit bitten.

- 1.Wie würde es sich darstellen, wenn es für dieses Gebiet gar keine Bebauungsplanänderung geben würde und der Status quo fortbestehen würde?
- 2. Wie viele Gebäude gibt es im Planungsgebiet insgesamt? Wie viele davon sind im Besitz der Stadt, der SWSG oder in Besitz von Eigentümern, von denen man ausgehen kann, dass sie keine Prostitution in ihrer Liegenschaft ermöglichen werden (z. B. Verschönerungsverein)?
- 3. Bei wie vielen Gebäuden gibt es einen Grundbucheintrag, der eine Nutzung zur Prostitution untersagt? Wie sind diese Gebäude auf die Kategorien aus der Frage 2 verteilt?
- 4. Aufgrund welcher Rechtsgrundlage vermutet die Verwaltung, dass durch eine Bebauungsplanänderung diese Grundbucheinträge entfallen müssten? Hat die Stadtverwaltung hierzu eine externe Rechtsberatung beauftragt? Falls ja, bitten wir um die Ergebnisse dieses Gutachtens. Falls nein, empfehlen wir der Verwaltung, eine solche Expertise zu dieser Frage einzuholen.
- 5. Welche Möglichkeiten gibt es darüber hinaus, die Anzahl der Prostitutionsbetriebe im Gebiet zu begrenzen? Wir bitten die Verwaltung hier um lösungsorientierte Vorschläge im Sinne unserer Zielsetzung.

# Judith Skudelny zu Gast bei der Stadtgruppe Botnang



**Martina Weishaupt** Stadtgruppenvorsitzende Botnang Bezirksbeirätin Botnang

Bei unserer Stadtgruppensitzung am 31. März 2022 hatten wir unsere Bundestagsabgeordnete und Generalsekretärin **Judith Skudelny** zu Gast.

Sie hat unter anderem über die Koalitionsverhandlungen berichtet: Der Koalitionsvertrag fordert von allen Seiten Kompromisse. Kernthemen der FDP wie z.B. die Digitalisierung und die Staatsfinanzen finden sich im Koalitionsvertrag im Sinne der FDP – das Thema ,individuelle Mobilität' eher nicht. Wenn man die ersten 100 Tage der Bundesregierung beleuchtet, befindet sich diese seither im Krisenmodus: ob bedingt durch Corona oder durch den Angriffskrieg der Ukraine. Weitere Themen wurden mit Judith diskutiert wie bspw.: Energieversorgung, Waffenlieferungen, Umweltschutz, Artenschutz und vielen mehr.

Interessant war auch die Anfrage von Stadtgruppenmitgliedern, warum es die FDP nicht schafft, sich zu Themen wie

"Umweltschutz/Nachhaltigkeit" und Soziales zu positionieren oder in der Öffentlichkeit zu punkten, obwohl in diesen Bereichen durchaus mit den Konzepten der FDP zu punkten wäre bzw. man damit eine breitere Öffentlichkeit ansprechen könnte. Ein herzlicher Dank an Judith. Die Stadtgruppe hat die Informationen aus erster Hand und den Austausch sehr genossen!

Im Anschluss daran berichtete **Dr. Matthias Oechsner** noch über seinen Besuch der Expo in Dubai. Ein sehr nachhaltiges Konzept dort: viele Pavillons waren interessant gestaltet und beeindruckend, die Pavillons von Deutschland sowie von Baden-Württemberg waren sehr stark besucht und sehr informativ.

Es war ein sehr interessanter Abend mit viel Information und einer angeregten Diskussion.



## Jahrhundertchance Kreislaufwirtschaft: Erfolgreiche Hey-Zukunft-Event-Premiere mit Judith Skudelny



**Uli Roth** Stv. Stadtgruppenvorsitzender Plieningen/Birkach

Auf Initiative der Stadtgruppe Plieningen/Birkach fand am 25. Mai das erste Hey-Zukunft-Event im Alten Rathaus in Plieningen statt. Knapp 50 interessierte Bürgerinnen und Bürger wurden von unserer Bundestagsabgeordneten **Judith Skudelny** ausführlich in das Thema Kreislaufwirtschaft eingeführt. Judith Skudelny machte sich in der Veranstaltung stark für einen Umweltschutz auf neuen Wegen, der sich intelligente Lösungen statt Bevormundung und Verbote zum Ziel setzt. Effektiver Umweltschutz muss für sie ganzheitlich gedacht werden, indem er ökonomische, ökologische und soziale Aspekte miteinander verbindet und nicht gegeneinander ausspielt.

Im Anschluss an Ihre knapp 60-minütigen Ausführungen zur Kreislaufwirtschaft wurden viele Fragen aus dem Publikum gestellt, woraus sich eine rege Diskussion entwickelte. Die Gäste konnten eine Vielzahl neuer Erkenntnisse mit nach Hause nehmen. Über die gewonnenen Erkenntnisse wurde nach der Veranstaltung bei einem guten Glas Wein noch lange diskutiert. Der Erlös aus Essen und Getränken wurde dabei bewusst in der unmittelbaren Nachbarschaft belassen: Die Einnahmen wurden der Tafel in Möhringen gespendet. Sie steckt aufgrund der aktuellen politischen Situation in Nachschubproblemen und freute sich daher über die Spenden.

Die Hoffnungen nach einer so regen Beteiligung und Diskussion zu so einem wichtigen Thema wurden mit der Hey-Zukunft-Premiere sogar noch übertroffen. Das macht Lust auf mehr ... Im kommenden Oktober soll deshalb das nächste Hey-Zukunft-Event stattfinden. Aktuell läuft die inhaltliche Abstimmung im Vorstand. Ganz sicher wieder zu einem interessanten Thema.





## Parksituation an der Universität Hohenheim – Ein Rundgang mit Friedrich Haag MdL



**Tobias Burk** Stv. Stadtgruppenvorsitzender Plieningen/Birkach

Individuelle Mobilität ist für uns Liberale ein Kernthema, die freie Wahl des Verkehrsmittels ein wichtiger Ausdruck für individuelle Freiheit. Seit Einführung des entgeltpflichtigen Parkens auf dem Gelände der Universität Hohenheim im November 2020 durch die Landesregierung, wird der Versuch unternommen, diese Mobilität gezielt einzuschränken. Studierende, Beschäftigte und Besucher müssen seitdem Parkgebühren an das Land entrichten, um ihrer Arbeit nachzugehen, zu studieren oder die schönen Hohenheimer Gärten zu bewundern. Für viele Studierende sind allerdings 40–60 Euro pro Monat keine kleine Summe. Für Studierende, die auf das Auto angewiesen sind, ist es eine große Belastung.

Zusätzlich zu den sozialen Aspekten hat die Maßnahme der Landesregierung ihre Lenkungswirkung weit verfehlt. Studierende und Mitarbeitende der Uni parken jetzt in den angrenzenden Wohngebieten. Bewohner, Gewerbetreibende und deren Kunden finden dadurch unter der Woche kaum mehr Stellplätze in den Quartieren. Frust, Wut und Konflikte zwischen Anwohnern und Uni-Angehörigen sind die Begleiterscheinungen. Aus diesem Grund und weil sich das Problem mit zunehmendem Präsenzunterricht in Hohenheim verschärfen wird, hat die FDP-Stadtgruppe Plieningen-Birkach Friedrich Haag MdL eingeladen, sich zusammen mit der Presse und Studierendenvertretern ein Bild von der Lage vor Ort zu machen.



→ v.l.n.r.: Friedrich Haag MdL mit den Plieninger FDP-Vertretern Julian Gölz, Tobias Burk sowie den Bezirksbeiräten Dr. Thilo Reith (Plieningen) und Brigitta Haak (Birkach). Rechts drei Studierendenvertreter der Uni Hohenheim

#### Parkraummanagement gescheitert

Beim Rundgang wurde schnell deutlich, dass auch eine Verbesserung der bisher unzureichenden ÖPNV-Anbindung in die Innenstadt und andere Bezirke nicht zu einer sinkenden Fahrzeugzahl führen wird. Die Anzahl der Studierenden, die überregional pendeln oder auf dem elterlichen Agrarbetrieb arbeiten ist in Hohenheim nämlich überproportional hoch. Das zeigt sich an vielen Kennzeichen aus Karlsruhe, Göppingen oder den Albkreisen. Eine Lenkungswirkung kann hier also nur bedingt erzielt werden, da es für viele Studierende keine Alternative zum Kfz gibt. Aus Sicht der Stadtgruppe, der Studierendenvertreter und auch unseres Landtagsabgeordneten ist das Parkraummanagement an der Uni Hohenheim gescheitert. Es erreicht die selbst gesteckten Ziel nicht, sorgt für zusätzlichen Parkdruck in angrenzenden Wohngebieten und schürt Konflikte zwischen Studierenden, Mitarbeitenden und den Anwohnern.

#### Haag mit Anfrage an Landesregierung

Eine Kleine Anfrage von Friedrich Haag MdL soll nun zeigen, ob das Projekt darüber hinaus möglicherweise noch defizitär ist. Sollte sich das bewahrheiten, bleibt dem Projekt Parkraummanagement an der Universität Hohenheim nur noch der ideologische Erfolg, öffentlichkeitswirksam gegen das Automobil Politik gemacht zu haben. Für die FDP-Stadtgruppe ist das keine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik. Sie sorgt auch nicht für eine nachhaltigere Mobilität. Technologieoffenheit und das Schaffen von sinnvollen Alternativen wäre hier der bessere Weg. Wir in der Stadtgruppe Plieningen-Birkach und unsere beiden Bezirksbeiräte Brigitta Haak und Dr. Thilo Reith bleiben an dem Thema dran.



→ Seit November 2020 ist Parken auf dem Campus der Uni Hohenheim gebührenpflichtig, origanisiert von der landeseigenen Parkraumgesellschaft PBW.

## Neuwahlen des Vorstands der SG Botnang am 28. April 2022



**Martina Weishaupt** Stadtgruppenvorsitzende Botnang Bezirksbeirätin Botnang

Die Wahlleitung hat **Dr. Matthias Oechsner** übernommen. Gewählt wurden als Vorsitzende **Martina Weishaupt**, Stellvertreter und Schriftführer wurde **Dr. Michael Schumm**, die Schatzmeisterin **Silke Siebert**. Die Stadtgruppe hat einstimmig beschlossen erstmals einen Beisitzer zu wählen. Als Beisitzerin, mit der Sonderaufgabe "Digitales", wurde **Leonie Hermann** gewählt.

Wir gratulieren allen Gewählten und wünschen Ihnen viel Erfolg! Wir bedanken uns auch für die Arbeit und den Einsatz der letzten 2 Jahre.

Ein weiteres Highlight dieses Abends war die Begrüßung zwei weiterer Neumitglieder in unserer Stadtgruppe, herzlich willkommen **Philipp Bertram** und **Martin Tyszko!** Beide konnten sich direkt an den Wahlen beteiligen und somit aktiv in die Stadtgruppe "einsteigen". Die anschließende Diskussion zum Thema "Krieg in der Ukraine" war sehr interessant und ebenso emotional.



→ v.l.n.r.: Leonie Hermann, Silke Siebert, Dr. Michael Schumm und Martina Weishaupt

## Eidechsen – Ärztemangel – Nahversorgung – Barrierefreiheit – unsere Themen im ersten Halbjahr 2022 in Mühlhausen und Münster



Michael Sommerer Stadtgruppenvorsitzender Mühlhausen/Münster Bezirksbeirat Mühlhausen

Mit diesem kurzen Rückblick geben wir einen kleinen Einblick in die Themen im nordöstlichsten Winkel der Landeshauptstadt.

#### **Eidechsen-Habitate**

Das Frühjahr begann mit dem Ärger der Ausgleichsflächen für Eidechsen in Stuttgart-Münster. Diese muss die Stadt angeblich schaffen, um ihre IBA27-Projekte im Rosensteinviertel bauen zu dürfen. Im Gewann Freienstein haben Stadt und Bahn großzügig Rodungen durchgeführt, um Ersatzhabitate für Eidechsen zu schaffen. Zusätzlich hat die Stadt einigen Gartenpächtern angekündigt, die Pacht zum Ende des Jahres zu kündigen. Auch diese in den vergangenen Jahrzehnten gut gepflegten Grundstücke sollen platt gemacht und Eidechsen zur Verfügung gestellt werden. Unser Landtagsabgeordneter **Friedrich Haag** war vor Ort und hat sich über die Situation informiert.



→ Eidechsen-Habitate im Gebiet Freienstein

#### Ärztemangel

In Stuttgart-Neugereut zeigte sich im Frühjahr, was sich bald in der gesamten Stadt zeigen wird. Der dortige Kinderarzt löste seine Praxis nach Jahrzehnten auf, seine Nachfolgesuche in den vergangenen Jahren war leider erfolglos. Auch ein Allgemeinarzt ist ebenfalls bereits seit Jahren erfolglos auf der Suche und sieht keine positive Entwicklung. Im Bezirksbeirat Mühlhausen informierte uns die KVBW (Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg) über die sich seit Jahren abzeichnende Entwicklung. Junge Ärzte möchten eher in Anstellung gehen, das Risiko einer Selbstständigkeit und langfristigen Bindung mit eigener Arztpraxis, scheuen sie. Ziel vieler jungen Ärzte ist eher ein Ärztehaus oder eine Gemeinschaftspraxis. Hier kann und sollte eine Kommune aktiv steuern. Anlass genug, um uns an unsere Gemeinderatsfraktion zu wenden mit der Bitte, das Thema stadtweit zu beleuchten. Unsere GR-Fraktion hat das Thema aufgenommen und mit dem Antrag 105/2022 zur Ärzteversorgung Stuttgart die Stadt um Prüfung und Stellungnahme gebeten – wir dürfen auf die Antworten gespannt sein.

#### **Nahversorgung**

Im März mussten wir durch einen Antrag die Nahversorgung insbesondere im Stadtteil Mönchfeld thematisieren. Aufgrund Kündigung musste ein Getränkemarkt seinen Laden aufgeben, dort gab es auch Zeitungen, Gemüse und haltbare Lebensmittel. Fußläufig für die überwiegend älteren Einwohner gut zu erreichen fehlt diese Einkaufsmöglichkeit nun. Eine Bäckerfiliale ist noch vorhanden und aktuell noch halbtags geöffnet. Ebenfalls im April wollte die LBBW ihre Automaten zur Geldversorgung abbauen und somit auch den Rest der ehemaligen Filiale komplett aufgeben.



→ Michael Sommerer am verbliebenen Geldautomaten

Hier konnte durch unser Einwirken erreicht werden, dass diese zumindest ein weiteres Jahr stehen bleiben, was aus unserer Sicht aber nicht ausreicht. Wir sind gespannt auf den Bericht der Wirtschaftsförderung und hoffen auf eine aktive Wiederbelebung, um auch der überwiegend älteren Bevölkerung eine fußläufig erreichbare Nahversorgung zu gewährleisten.



→ Verwahrloste Gehwege

#### **Barrierefreie Spazierwege**

Holzbänke werden altersschwach, Baumwurzeln bahnen sich ihren Weg durch geteerte Wege – Im Laufe der Zeit scheinen die zuständigen Ämter der Stadt ihre eigenen Sparmaßnahmen zu verwirklichen, zum Beispiel, indem Gehwege nicht instand gesetzt werden oder Sitzbänke einfach abgebaut und nicht erneuert werden. Dies ist insbesondere für die ältere Generation ärgerlich und nicht akzeptabel, besonders in Stadtteilen, die eine überwiegend ältere Einwohnerstruktur hat. Um hier zukunftssicher im gesamten Stadtbezirk aufgestellt zu sein, haben wir eine Überprüfung der vorhandenen und eine Ausweitung von barrierefreien Wegen im gesamten Stadtbezirk beantragt.











## thinkliberal.de

Bei uns finden Sie neben klassischen Werbemitteln, wie Stofftaschen, Aufklebern und Grußkarten, auch Artikel für Ihren Wahlkampf vor Ort. Dazu gehören u.a. Bauzaunbanner, Hohlkammer- oder Großflächenplakate. Unser Angebot umfasst außerdem Messe- und Kongressequipment, sowie Drucksachen, wie z.B. Tischaufsteller, Visitenkarten uvm. im aktuellen Design der Freien Demokraten und Jungen Liberalen.

Wir bieten Ihnen dabei die Möglichkeit bei einer Bestellung ein bereits vorhandenes Layout oder ein individuell für Sie gestaltetes Design auszuwählen. Die gesamte Abwicklung der Bestellung ist dabei immer inklusive.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch unserer Webseite!

Ihr Shop für FDP Werbemittel



# Die Stadtgruppe Feuerbach wählte einen neuen Vorstand



**Alexander Pross** Stadtgruppenvorsitzender Feuerbach Bezirksbeirat Feuerbach

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte nach zwei Jahren endlich wieder eine Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahlen stattfinden. Obwohl einige Veranstaltungen nur online oder gar nicht stattfanden, kann die Stadtgruppe Feuerbach auf zwei sehr erfolgreiche Jahre zurückblicken. Höhepunkte waren sicher die Landtags- und Bundestagswahlen 2021. Besonders erfreulich ist, dass sich dieser Zuspruch auch mit 10 Neumitgliedern zeigt.

Als Stadtgruppenvorsitzender wurde Alexander Pross wiedergewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind, der ebenfalls wiedergewählte, Theodoros Tonas, sowie die 18-jährige Alina Hettich. Auch die Schatzmeisterin, Anke Pross, wurde in ihrem Amt bestätigt. Komplettiert wird der Vorstand durch die 4 Beisitzer: Jürgen Reichert, Thomas Schön, Jochen Merkle und Steffen Langer. Alexander Brecht übernimmt wieder die Kassenprüfung.

Mit dieser Mischung aus engagierten Neumitgliedern und Erfahrung, ist die Stadtgruppe gut für die Aufgaben der nächsten Jahre (auch ohne Wahlen) vorbereitet. Ein besonderer Dank geht an die Kreisvorsitzende, Gabriele Reich-Gutjahr, die über die Arbeit im Kreisvorstand berichtete, sowie an Gabriele Heise, die Stellvertretende Landesvorsitzende und Regionalrätin, die die Sitzungsleitung übernommen hatte.



→ v.l.n.r.: Gabriele Reich-Gutjahr, Gabriele Heise, Theodoros Tonas, Anke Pross, Alexander Pross, Alina Hettich



→ v.l.n.r.: Jochen Merkle, Theodoros Tonas, Alina Hettich, Alexander Pross, Anke Pross, Steffen Langer, Thomas Schön

## Stuttgart Pride 2022: Endlich wieder CSD!



Nach zwei Jahren der Corona-Beschränkungen findet der inzwischen traditionelle Christopher-Street-Day (CSD) in Stuttgart wieder in gewohnter Weise statt. Mit vielen Veranstaltungen im Rahmen des Stuttgarter CSD-Kulturfestivals vom 15. bis 31. Juli 2022. Im Besonderen natürlich der Abschluss mit der CSD-Demonstration am Samstag und der Hocketse auf dem Marktplatz am Sonntag.



Der CSD Stuttgart startet erstmals unter neuem Namen: Stuttgart PRIDE. In vielen Städten weltweit wird er inzwischen mit dem Zusatz "Pride" (engl. Stolz) gefeiert. Auch optisch gab es für die komplette Veranstaltung ein Redesign. Das diesjährige Motto des Stuttgart PRIDE 2022 "Community. Kraft.Europa" vereint laut Veranstalter alle Lebensbereiche, auf die die Gemeinschaft von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgender, transsexuellen, intersexuellen und queeren Menschen ihren Blick besonders scharf richten müsse. Es soll einprägsam Stolz und Stärke einer Community, die in Vielfalt vereint ist, mit der weiterhin prekären Lage in vielen Ländern innerhalb der europäischen Union verbinden. Dort sind Angehörige der Regenbogen-Community weiterhin Demütigungen, Diskriminierung und teils offener Hasskriminalität ausgesetzt. Der Stuttgart PRIDE will auf diese Weise ein Zeichen setzen!

Damit die Freien Demokraten bei der Demonstration präsent und bei der CSD-Hocketse am 31. Juli 2022 auf dem Markt- und Schillerplatz mit einem Infostand vertreten sind, um für unsere liberalen Inhalte und Ansichten zu werben, haben sich **Dr. Jan Havlik, Niklas Metz, Armin Serwani, Dr. Cornelius Hummel, Eric Neumann und Steffen Schneider** zusammengefunden. Sie kümmern sich um die diesjährige Organisation.

Das Motto 2022 wurde an das offizielle Motto angelehnt und an unsere Inhalte angepasst: "Community.Freiheit.Europa". Dies steht auch bunt und stolz auf unseren eigens dafür angefertigten T-Shirts. Die CSD-Parade startet am 30. Juli 2022 um 15:30 Uhr ab der Böblinger Straße.

Beide Events leben von der Unterstützung und Mithilfe, daher rufen wir herzlich zur Teilnahme daran auf. Wer an der Demonstration teilnehmen oder am Stand bei der Hocketse mithelfen möchte, den bitten wir, sich per Mail an csd@fdpstuttgart.de zu melden. Näheres kommt noch als Rundmail.



# Wie begeistert man mehr Frauen für die Politik oder ... wozu braucht man eigentlich die Liberalen Frauen?



Susanne Winkler Stv. Vorsitzende Liberale Frauen BV Stuttgart

Diese Frage wird immer wieder von Seiten vieler Personen gestellt; ist auch jederzeit berechtigt, in einer freiheitlichen, demokratischen Gesellschaft, respektive in der eigenen Partei. Wieso diese Vorfeldorganisation bzw. an dieser Stelle, ebenso die berechtigte Frage: wieso also überhaupt Vorfeldorganisationen? Die Antwort ist relativ einfach und hat, wie auch die Medaille, ihre zwei Seiten. Kommt man im Land herum und unterhält sich mit Personen der unterschiedlichen Kreisverbänden, dann ist jeder glücklich, wenn zu Wahlzeiten die "Wasserträger", inklusive die Vorfeldorganisationen mit parat stehen; sprich, bei den Wahlständen behilflich sind, bei Nacht und Nebel oder Regen auf die Leiter steigen, um Wahlplakate auf- und abzuhängen, Flyer zu verteilen, Wahlstände zu organisieren. Wie gesagt, das ist die eine Seite der Medaille ... die andere Seite bedient die unterschiedlichen Zielgruppen, nicht nur in der Partei, sondern ebenso in der Gesellschaft. Wenn man nun um die Tatsache weiß, dass mit Stand vom 31. Dezember 2022 in Deutschland 42.681.814 Frauen und 41.074.844 Männer wohnen, so ist die Antwort auf die Frage, wozu man die LiF - in der FDP - braucht, selbsterklärend.

Eine große Gruppe braucht auch eine starke Stimme, die sich für alle Belange einsetzt, die für diese Zielgruppe eine Wichtigkeit darstellt. Da in der Fraktion – unabhängig ob im Land oder im Bund – ein prozentuales Ungleichgewicht zwischen den weiblichen/männlichen Mandatsträgern herrscht, bestätigt dies umso mehr eine Daseinsberechtigung der LiF. Natürlich genauso wie bei den JuLis, dem LIM, den liberalen Senioren, den Christlichen Liberalen, der Liberalen Hochschulgruppe oder der LiSL; wobei erstaunlicherweise bei den anderen Vorfeldgruppen diese nie hinterfragt wird.



→ v.l.n.r. Judith Skudelny, Landesvorsitzende Baden-Württemberg, hält das Symbol der LiF – trotz Gegenwind – stets hoch!

Der dann wiederkehrenden Fragestellung, "Wie bekommt man die Frauen in die Politik?", steht nur eine Antwort gegenüber ... sicherlich nicht, wenn man im eigenen Kern die Vorfeldorganisation, sprich die LiF, in Frage stellt oder deren Mitglieder gar belächelt. Dies ist generell einer freiheitlich demokratischen Partei – respektive deren Grundsatz – nicht würdig und der, aktuell in vielen Gremien bearbeitenden Frage, "Wie begeistert man mehr Frauen für die Politik?" wenig hilfreich, um nicht zu sagen, kontraproduktiv.

Hat man doch als einer der größten Landesverbände der LiF – mit fast 140 Mitgliedern – am 9. April 2022 die Bundesversammlung – mit Neuwahl des Vorstandes – nach Stuttgart geholt, bei der auch alle 16 Bundesländer vertreten waren, und durchaus positive Ergebnisse erzielt. Anke Hillmann-Richter wurde als erste Stellvertreterin im Bund gewählt, Maria Kalb präsentiert sich als Schatzmeisterin im Präsidium und mit Heidi Nader ist eine weitere Frau als Beisitzerin aus Baden-Württemberg im Bundesvorstand vertreten. Wendet man nun den Blick auf die Mandatsträgerinnen der FDP, so sind – in alphabetischer Reihenfolge – Renata Alt MdB, Julia Goll MdL, Gabriele Heise, Regionalrätin, Judith Skudelny MdB und Generalsekretärin, Alena Trauschel MdL, ebenso Unterstützerinnen der LiF.

Vor Ort setzen sich für die LiF ein: allen voran **Gabriele Reich-Gutjahr**, Vorsitzende des KV Stuttgart und **Charlotta** 

Eskilsson, stv. Kreisvorsitzende Stuttgart und Bezirksvorsteherin Stuttgart-Ost, die diese Thematik am 27. Mai 2022 in einer Kreisausschusssitzung mit auf der Agenda dokumentierten. Nicht erst seit dem letzten Jahr wächst der Bezirksverband Stuttgart und der Landesverband stetig, was somit dokumentiert, dass sich Frauen für die liberale Politik interessieren und annähern.

Die Online Veranstaltung der LiF am 9. Mai 2022 mit Julia Goll und Alena Trauschel zur Wahlrechtsreform fand Zuspruch; die Reform löst bzw. trifft jedoch nicht des Pudels Kern, was Julia Goll auch auf dem Bezirksparteitag, am 14. Mai 2022 nochmals erläuterte. Der Überlegung, dass sich Frauen aufgrund der Reform eventuell intensiv oder überzeugter auf die Politik einlassen, wird nicht zum Selbstläufer werden, denn – die Gretchen-Frage "Wie begeistert man mehr Frauen für die Politik", ist damit nicht gelöst. Bei einem 1/3-zu-2/3-Verhältnis, käme man in einem kontinuierlichen, offenen und reflektierten Austausch – und dies auf allen(!) Ebenen – der Lösung, bzw. der Antwort auf die Frage – sicherlich ein Stück näher.



→ v.l.n.r. Der Landesverband Baden Württemberg mit der Landesvorsitzenden Baden-Württemberg, Judith Skudelny (1.Reihe, Jeans) - stark im Auftritt!

# 12. Liberaler Seniorentag der FDP-Landtagsfraktion



#### Gemischte Quartiere - aber mit Senioren!

Rund 140 überwiegend ältere Menschen kamen Anfang Juni in den Landtag von Baden-Württemberg. Der 12. Liberale Seniorentag der FDP-Fraktion konnte wieder in Präsenz durchgeführt werden. Die Jahresveranstaltung wird federführend mit der Liberalen Senioren Initiative (LSI) organisiert, auch Stuttgarter Parteimitglieder waren eingebunden. So hielt Dr. Wolfgang Allehoff in seiner Funktion als Landesvorsitzender der Liberalen Senioren eine Grußbotschaft und Liane Bott-Voelker managte wieder perfekt den Infostand, an dem es die beliebten gelben "Notfalltaschen" gab. Besonders erfreut war man über die Rede von Dr. Hans-Ulrich Rülke und die Anwesenheit der Landtagsabgeordneten Julia Goll, Jochen Haußmann und Dr. Christian Jung.

Quasi als Überraschungsgast trudelte noch **Michael Theurer** ein. Der Landesvorsitzender der Freien Demokraten und parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Verkehr zeigte sich im Abschlussstatement zuversichtlich, dass wir in den nächsten Jahren riesige Quantensprünge erleben werden, was die persönliche und autonome Mobilität angehe. Dabei gehe es stets um eine generationengerechte Gestaltung, etwa bei der Barrierefreiheit und der Digitalisierung von Verkehrs- und Mobilitätskonzepten.

#### Dem Alter Qualität geben

Das Motto des Seniorentags war "Gut leben im Alter – neue Perspektiven durch eine generationengerechte Quartiersentwicklung". Hierzu referierten **Dr. Constanze Heydkamp**, Mobilitätsexpertin beim Fraunhofer IAO Stuttgart, sowie **Prof. Dr. Eckart Hammer**, der Vorsitzende des Landesseniorenrats Baden-Württemberg e.V. In seiner Begrüßung sagte Dr. Hans-Ulrich Rülke: Es gehe nicht nur um ein langes

Leben, sondern auch darum, dem Alter Qualität zu geben. Dazu gehöre, Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige und qualitativ hochwertige Pflege zu schaffen und dafür die notwendigen Arbeitskräfte zu qualifizieren. "Das wird die zentrale Herausforderung in den nächsten Jahren sein, die wir Liberale in unserer Arbeit im Blick haben", so der FDP-Fraktionsvorsitzende.



→ v.l.n.r. Die Referenten Prof. Dr. Eckart Hammer und Dr. Constanze Heydkamp mit Rudi Fischer MdL und, Dr. Wolfgang Allehoff



→ Rund 140 Gäste kamen zum Liberalen Seniorentag in den Landtag von Baden-Württemberg

In den Vorträgen und bei der Diskussion wurde erörtert, welche Rolle Quartiere oder intakte Nachbarschaften der älteren Generation bieten und was sich noch verändern muss, damit ein seniorengerechtes Leben hier gewährleistet ist. Im zweiten Themenblock stellte Dr. Heydkamp Mobilitätsideen vor, die sich für Senioren eignen. Außerdem plädierte sie für Mehrgenerationenhäuser und Projekte wie Kita und Altersheim unter einem Dach.

Moderiert wurde der Liberale Seniorentag von Rudi Fischer MdL, seniorenpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Mit Blick auf die Landesregierung sagte er: "Alter und Altern ist vielfältig und ebenso der Bedarf an Unterstützung. Für die diversen Lebensumstände muss die Politik entsprechende vernünftige Möglichkeiten schaffen. Das reicht von der Entlastung von Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegedienstleistern von unnötiger Bürokratie über barrierefreie Mobilität bis hin zu einer guten medizinischen Versorgung im Land. Die Zeit zu handeln, ist jetzt!" Mehr über die LSI unter www.liberale-senioren-bw.de



→ Am Infostand: Liane Bott-Voelker vom LSI-Regionalverband Stuttgart



→ Heide Skudelny, LSI-Schriftführerin, im Gespräch mit Christian Jung MdI

#### ZITATE VOM SENIORENTAG

"Künftige Seniorengenerationen wollen in individualisierten Gemeinschaften so lange wie möglich urban und mit größtmöglicher Unabhängigkeit in der Mitte der Gesellschaft leben. Dafür muss die Politik mit vernünftigen Rahmenbedingungen sorgen."

Dr. Wolfgang Allehoff

Wenn sich der Radius langsam verkleinert, können mobile, zeitlich flexible, niederschwellige Konzepte und die Bündelung von Zielen helfen. Das bieten beispielsweise mobile Frisöre, das mobile Rathaus, routenungebundene individuelle ÖPNV-Modelle oder multiple Einkaufsmöglichkeiten an einem Ort."

Dr. Constanze Heydkamp

"Im Quartier oder einer Nachbarschaft sind die vier Bausteine guten Alterns am besten gewährleistet: Lernen, Bewegung, Beziehungen und Humor."

Prof. Dr. Eckart Hammer

"Heute haben wir hier im Plenum eine leere Regierungsbank. Die ist aber effektiver als die volle!"

Dr. Hans-Ulrich Rülke

## News aus dem Liberalen Mittelstand



**Frank Bantle**Pressesprecher LIM Baden-Württemberg e.V.

#### Corona-Soforthilfe 2020: schlechte Lösung

Jetzt ist es amtlich: Der sogenannte "Betrachtungszeitraum" bei der Corona-Soforthilfe 2020 kann rückwirkend nicht geändert werden. Das bestätigt ein Rechtsgutachten der Kanzlei Dolde, Mayen & Partner im Auftrag des Wirtschaftsministeriums Baden-Württemberg. Es stützt sich auf den Grundsatz der Gleichbehandlung nach Artikel 3, Absatz 1 Grundgesetz. Dieser gebiete es, wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln. Laut dem Gutachten würden bei einer nachträglichen Flexibilisierung die sogenannten Vergleichsgruppen ungleich behandelt. Die Folge: zahlreiche Mittelständler und Selbstständige müssen ihre Corona-Soforthilfe nun zurückzahlen. Außer Spesen nichts gewesen. Für LIM-Landesvorsitzenden Dr. Thilo Scholpp, auch Beisitzer im FDP-Kreisverband Stuttgart, kommt die Stellungnahme aus dem Ministerium viel zu spät: "Es war schon nach Jahresende 2020 offensichtlich, dass der starre Betrachtungszeitraum nicht den unternehmerischen Realitäten entspricht. Bei allem Verständnis für das schnelle Reagieren in der Corona-Hochphase – leider hat das Wirtschaftsministerium hier eine falsche Vorgabe gemacht." Die Zusage, kein Unternehmen in Baden-Württemberg schlechter zu stellen, werde so nicht eingehalten. Im Übrigen habe die FDP-Landtagsfraktion bereits im vergangenen Jahr auf diese Problematik hingewiesen, aber erst jetzt lieferte das Ministerium die Stellungnahme.

#### Farbe bekennen für den LIM

Immer mehr Unternehmer, Selbstständige und Existenzgründer kommen zum LIM, weil sie liberal denken und handeln und an einer Interessenvertretung und Kontakten zu FDP-Politikern interessiert sind. Der Landesverband und in Stuttgart der LIM-Kreisverband unterstützen alle Mitglieder mit Rat und Tat, Veranstaltungen, Initiativen oder offenen Briefen an die Politik. Jetzt bietet der LIM einen weiteren Service an: Mit einem Aufkleber kann jeder seine Mitgliedschaft kundtun – etwa im Eingangsbereich, an Türen und Fenstern in Läden und Handwerksfirmen, im Kassenbereich, aber auch an anderen Stellen im Unternehmen, auf Dokumentenmappen oder auf Verkaufs- und Messeständen sowie im Internet und in digitalen Medien.



→ Auch der Kreisschatzmeister der FDP Stuttgart ist LIM-Mitglied: Michael Marquardt

#### LIM im Transparenzregister des Landtages

Vor mehr als einem Jahr haben Parteien im Landtag Baden-Württemberg, inklusive der FDP, einen Gesetzentwurf für ein Transparenzregister eingebracht. Die Umsetzung erfolgte ein paar Wochen später. Auch der Liberale Mittelstand Baden-Württemberg ist freiwillig in der Online-Datenbank des Landtags gelistet. Was hat es damit auf sich? Im



→ LIM-Generalsekretärin Sarah Zickler mit Stephen Brauer MdL (inks) und Dr. Thilo Scholpp, Vorsitzender LIM Baden-Württemberg

Transparenzregister sind Organisationen und Verbände aufgeführt, die gegenüber dem Landtag, seinen Gremien, den Fraktionen und Abgeordneten oder der Landesregierung Interessen vertreten wollen. Ziel ist es, dass so jedermann Lobbytätigkeiten nachvollziehen und öffentliche Kontrolle ausüben kann. Für den Landesbeauftragten für Datenschutz, **Dr. Stefan Brink**, ist das Register "der nächste richtige Schritt hin zu einem transparenten und vertrauenswürdigen Staat!"

#### Neustart mit Infoabend zur Grundsteuerreform

Der Liberale Mittelstand Baden-Württemberg (LIM) hat die letzten Wochen wieder seinen Präsenzbetrieb aufgenommen. Eine gelungene Premiere nach der langen Corona-Auszeit war ein Informations- und Diskussionsabend im Europa-Institut Reutlingen. Das Thema: die neue Grundsteuer ab 2025. Von der Novelle sind private, aber auch betriebliche Grundstücke betroffen. Rede und Antwort standen zwei ausgewiesene Experten: LIM-Generalsekretärin Sarah Zickler, die ein Immobilienbüro führt, und Stephen

Brauer MdL, der finanzpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag. Der Abendtermin fand reges Interesse, auch Stuttgarter Mitglieder waren vor Ort. "Die Regierung hat uns Aufkommens-Neutralität versprochen", betonte Brauer. Die LIM-Generalsekretärin forderte bei der Festlegung der künftigen Hebesätze darauf zu achten, dass es keine hohen Mehrbelastungen gibt. Einen ausführlichen Bericht über die Veranstaltung finden Sie auf der Homepage www.lim-bw.de.

#### Mitgliederversammlung in Stuttgart

Der LIM-Kreisverband Stuttgart um die Vorsitzenden **Slavica Benko** und **Dr. Christian Altmann** ist Mitausrichter der diesjährigen Mitgliederversammlung des Landesverbandes. Am 30. Juli findet die Veranstaltung im Haus Hofen am Max-Eyth-See statt – Stuttgarter FDP-Mitgliedern als bewährter Tagungsort bekannt. Geplant sind wieder Gastredner. "Gerne können Gäste oder interessierte Freiberufler und Unternehmer an unserer Versammlung teilnehmen", sagt Slavica Benko.

## Termine und Veranstaltungen im 3. Quartal 2022

#### → Juli 2022

08.	17:00 Uhr	Kreisverband • Führungen mit Architekt am interaktiven Rosensteinmodell • Eichstr. 9
10.	14:00 Uhr	Kreisverband • 24-Tage-Lauf für Kinderrechte • Wanderung • S-Bahnhof Österfeld
13.	18:30 Uhr	Kreisverband • Informationsveranstaltung "Psyche und Corona" • Alte Kanzlei, Schillerplatz 5
1617.	14:00 Uhr	Kreisverband • 24-Tage-Lauf für Kinderrechte • 24-Stunden-Finale • Bezirkssportanlage auf der Waldau
18.	19:30 Uhr	Kreisverband > Kreisvorstandssitzung > Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Str. 46
23.		Kreisverband • Teilnahme am Drachencup • Kanu-Gesellschaft Stuttgart, Talstr. 207
28.	17:00 Uhr	Kreisverband • Führungen mit Architekt am interaktiven Rosensteinmodell • Eichstr. 9
30.	15:30 Uhr	Kreisverband · Teilnahme an der CSD-Demonstration · Innenstadt Stuttgart

#### → August 2022

**19:30 Uhr** Kreisverband • Kreisvorstandssitzung • Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Str. 46

#### → September 2022

**19:30 Uhr** Kreisverband • Kreisvorstandssitzung • Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Str. 46



### Friedrich Haag

14.09.1930 - 15.06.2022

In seinem 92. Lebensjahr ist in der Nacht vom 15. auf den 16. Juni 2022 unser langjähriges Mitglied, der ehemalige Stuttgarter Landtagsabgeordnete und Gemeinderat Friedrich Haag sen. verstorben. Das macht uns sehr traurig.

Er hat für Jahrzehnte die liberalen Anliegen Stuttgarts im Landtag und im Gemeinderat engagiert und bürgernah vertreten. Seine Stärke bekam er auch nicht zuletzt durch seinen beruflichen Hintergrund als erfolgreicher Gärtner und Mittelständler, der für die liberalen Ideale mit Tatkraft einstand. Er erhielt vielfache Ehrungen, u.a. das große Bundesverdienstkreuz, die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg und die Reinhold-Maier-Nadel; 1980 wurde er zum Ehrensenator der Universität Hohenheim ernannt.

Unsere Anteilnahme gilt seinem Enkel und Stuttgarter FDP-Abgeordneten Friedrich Haag und seinen Angehörigen.

Wir werden Friedrich Haag immer ein ehrendes Andenken bewahren.





DEMONSTRATION UND STRASSENFEST 30. UND 31.JULI 2022



Mehr Infos zu unseren Forderungen unter www.lisl-bw.de

